

# Klassenkampf

Kommunistisches Organ

für Halle-Merseburg mit der illustrierten Internationalen Arbeiter-Zeitung „Sichel u. Hammer“

Der „Klassenkampf“ erscheint jeden Freitag nach, außer Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis: frei Haus für den Monat 2,00 Mark, durch die Post bezogen 2,50 Mark, eine Jahrsbestellung: 24,00 Mark und Einzelhefte: 2,00 Mark.

Herausgeber: **Dtto Kilian**

Verlagsanstalt: 9 Goldschmidtstr. 1. b. Mühlenturm Ecke u. Spalte: 38 Goldschmidtstr. 1. b. Postamt Halle. Verlagsleiter: Otto Kilian. Druck: Druckerei „Sichel u. Hammer“ Halle. Postamt: Halle. Postfach: 1068. Preis: 1068. Halle, 26. Juni 1924.

Einzelpreis 15 Pf.

Donnerstag, den 26. Juni 1924

4. Jahrgang \* Nr. 96

## Mobilisierung des europäischen Proletariats

Die Resolution der Kölner Konferenz

Am verflochtenen Sonntag hat in Köln eine Konferenz von Vertretern der deutschen und französischen kommunistischen Parlamentarier, der revolutionären Betriebsräte und der CGTU, stattgefunden. Gemeinsam wurde eine Resolution ausgearbeitet, die die Sachverständigenpläne charakterisiert und dem gemeinsamen Kampf in beiden Ländern konkrete Richtlinien gibt. Die Konferenz istlang das Band brüderlicher Kampfgemeinschaft noch enger um das deutsche und französische Proletariat. An den 5. Weltkongress und die italienische Partei wurden Begrüßungsgramme geschickt.

Wegen Platzmangels infolge des starken Stoffandranges in den letzten Tagen können wir die Entschließung erst heute veröffentlichen. Sie ist ganz und gar wichtig für die Bedeutung der Weltbewegung, die die eingehende Beachtung unserer Genossen. Red.

Die in Köln versammelten Vertreter der kommunistischen Parteien Deutschlands und Frankreichs, der kommunistischen Parlamentarier Deutschlands und Frankreichs, der revolutionären Gewerkschafter und Betriebsräte Deutschlands und der CGTU, stellen fest:

Der räuberische Weltkapitalismus, der im Weltkriege 20 Millionen Arbeiter und Bauern hinschlachtete, hat es nach Kriegsende nicht verstanden, der Welt den Frieden zu geben. Trotz aller Kunstgriffe der internationalen Finanzelite, trotz schändlicher Unterdrückung der Massenbewegungen der Arbeiterklasse ist die Gleichgewichts- und Wirtschaftsordnung nicht mehr herzustellen.

Der Weltkapitalismus befindet sich in einer entscheidenden Krise. In dieser Situation führt er in einer neuen Form die wertvollen Massen irregulären, und sich eine letzte Gelegenheit zu verschaffen.

**Das Sachverständigengutachten**

Im der Ausdrucks eines großzügigen Planes, das Weltkapital einseitig gegen das Proletariat zusammenzufassen. Die Forderung haben die englisch-amerikanischen Kapitalisten ungeachtet des finanziellen Weltbewerbs zwischen London und New York. Der Weltkapitalismus sucht sich gegenwärtig demokratisch und pazifistisch zu maskieren. Man hat die offenen Gewalttätigkeiten, wie Poincaré und Baldwin, ablassen lassen, Mussolini gebildet sich demokratisch und Coolidge landbedingt gemeinsam mit Dames, dem Präsidenten der Sachverständigenkommission. Vorübergehend will das amerikanisch-englisch-französisch-italienische Kapital seine imperialistischen Gegensätze verdecken, um die Arbeiter um so fester in seiner Gewalt zu behalten. Die schändlichen kapitalistischen Raubpläne sind den bereitwilligen Unterstützung durch die internationale Sozialdemokratie und durch die amerikanische Gewerkschaftsautoritäten. MacDonald vertritt geschieht die Geschichte der britischen Großgrundbesitzer. Herriot sieht sich auf dem Abzug, und die italienischen Sozialdemokraten sind jeden Augenblick bereit, sich einem demokratisch-französischen Herriot in die Arme zu werfen. Die neue demokratische Finanzregierung in Frankreich spielt den Massen eine unerhörte Komödie vor. Herriot verspricht, das Volk zu regieren, ohne in Wahrheit zu wollen. Der Pazifismus Herriot's zeigt sich durch die Verurteilung des Generals Nollet zum Kriegsminister. Herriot's Versprechen, den Beamten das Koalitionsrecht zu geben, hat sich bereits als nichtig gezeigt. Dasselbe gilt von den Versprechungen der radikalen Regierung für die Arbeiter. Die gleiche Komödie spielt MacDonald.

Der Sachverständigenbericht verfolgt zunächst den Zweck, Deutschland zur Kolonie des Weltkapitals zu machen. Dabei sollen die deutschen Kapitalisten als Sklavenanreiter mitwirken. Die Durchführung des Sachverständigenabkommens bedeutet für die deutsche Arbeiterklasse: neuen Rohstoffbau, die zehn- bis zwölffache Arbeitszeit, Abbau der Sozialleistungen und der wirtlichen Rechte im Betriebe, Verteuerung aller Lebensnotwendigkeiten durch die direkten und indirekten Steuern und Zölle, Walfinanzleistungen und Niederunterwerfung durch die gemeinsamen operierenden Streitkräfte der Weltrepublik und der Gläubigerstaaten. Die Durchführung des Sachverständigenabkommens bringt eine jährliche Mehrbelastung des deutschen Proletariats von 2,5 Milliarden Goldmark. Die vorübergehende leichte Besserung der Lebenshaltung des deutschen Proletariats durch die Stabilisierung ist längst wieder ausgeglitten durch die verwerflichen Wirkungen der Münzwertträge und durch die neu einsetzende Massenarbeitslosigkeit.

Entsprechend wird die Auswirkung des Sachverständigenabkommens auf die Arbeiterklasse Frankreichs sein. Das angelsächsische Kapital wird genau so Frankreich verfluchen, wie es jetzt Deutschland verfluchen will. Die Aktion zur Stützung des Frankens durch Morgan war ein niederer, profitorientierter Anfang. Der einheitliche Traktat des Weltkapitals wird in erster Linie die Werke in Gang halten, wo die billigen und unterdrückten Arbeitskräfte vorhanden sind, also in Deutschland. Das Proletariat Frankreichs und ebenso Belgiens und Englands hätte dann nur die Wahl zwischen zweierlei: entweder eine Massenarbeitslosigkeit ohnehin, oder aber die Herabsetzung der eigenen Lebenshaltung auf das Niveau des deutschen Proletariats, mit Lohnabbau, Verlust des Wirtskundentages usw.

Die Eintracht des Weltkapitals, wie sie im Sachverständigenabkommen zum Ausdruck kommt, wird selbstverständlich nicht von Dauer sein. Die inneren Gegensätze zwischen den Kapitalistengruppen werden die heuchlerische Eintracht zerschlagen.

Das Sachverständigenabkommen ist also nicht die Sicherung des Weltfriedens,

sondern im Gegenteil die Ankündigung neuer imperialistischer Weltkonflikte. Daneben wird das Weltkapital versuchen müssen, den Staat auszuspalten, der schon durch seine Krisen die Wirtskräfte der internationalen Räuber durchkreuzt, nämlich Sowjet-Rußland. Die Intrigen Poincarés in der letzten Zeit seiner Regierung gegen Sowjet-Rußland, sowie der Ueberfall auf die russische Handelsvertretung in Berlin waren dafür charakteristisch.

Den Kampf gegen diesen Plan des Weltkapitals hat die gesamte Massenbewegung der Arbeiterklasse einseitig zu führen. An die Seite der kommunistischen Parteien aller Länder treten in diesem Kampf die revolutionären Betriebsräte und die revolutionären Gewerkschafter.

**Die revolutionäre Arbeiterklasse Frankreichs und Deutschlands stellt der kapitalistischen Diktatur, wie sie im Sachverständigenabkommen zum Ausdruck kommt, die Lösung der proletarischen Diktatur entgegen.**

Die kapitalistische Beherrschung der Produktion in Deutschland wie in Frankreich wird gebrochen werden durch den Kampf um die proletarische Produktionskontrolle. Diesen Kampf müssen die Arbeiter, Angestellten und Beamten aufnehmen, in erster Linie mit Hilfe ihrer Betriebsräte, zur Zerstörung der Herrschaft der kapitalistischen Produktionsordnung und zur Verwirklichung des Sozialismus.

Die Sachverständigen wollen die Privatisierung der bisher staatlichen deutschen Eisenbahnen und die Auslieferung dieser Eisenbahnen an die internationalen Kapitalisten. Demgegenüber verlangen wir in Deutschland wie in Frankreich Sozialisierung des gesamten Verkehrswesens und seine Verwaltung durch die Arbeiter, Angestellten und Beamten. Der Kampf der Eisenbahner gegen die kapitalistische Ausbeutung, wie er in Deutschland und in Frankreich bereits begonnen hat, ist einer der wichtigsten Aufgaben des Proletariats.

Den Plänen der Sachverständigen zum Ausbau des indirekten Steuerrechts sehen wir in Deutschland und in Frankreich die Forderung nach Sozialisierung des gesamten Bankwesens entgegen.

Die Sachverständigen wollen durch das Schlimm der Industrieobligationen die deutsche Industrie in den Rahmen des einheitlichen Weltmarktes einfüllen. Demgegenüber verlangen wir in Deutschland und Frankreich die Sozialisierung aller entscheidenden Industrien (Bergbau, Metallindustrie, chemische Industrie usw.).

Den Plänen der Sachverständigen zum Ausbau des indirekten Steuerrechts sehen wir in Deutschland und in Frankreich die Forderung der Aufhebung aller indirekten Steuern, die Forderung der Aufhebung der schändlichen Lohnsteuer und die Forderung der Konfiskation der kapitalistischen Vermögen entgegen.

Der Sachverständigenplan leidet an dem gleichen inneren Widerspruch, wie alle bisherigen Versuche, die Reparat-

tionsfrage zu lösen. Wenn die Peitsche der Sachverständigen die deutsche Wirtschaft zu erhöhter verbilligter Produktion antreibt, so muß der Abfall dieser deutschen Waren auf dem Weltmarkt die schmerzliche Konkurrenz für die Siegerstaaten bringen. Alle bisherigen Versuche, den Versailler Friedensvertrag, diesen schändlichen kapitalistischen Räuberplan, durchzuführen, haben nur die Vermirung in der Weltwirtschaft und das Elend der wertvollen Massen aller Länder gesteigert. Die Reparationsforderungen des Entente-Kapitals sind nur ein Versuch der Kapitalistenklasse, im internationalen Maßstab sich auf Kosten der Arbeiter zu bereichern. Die Verdrängenden sind dabei die Arbeiter aller Länder, auch der Siegerstaaten, indem die Kapitalisten es versuchen, die ungeheuren Schulden des Weltkrieges der Arbeiterklasse aufzubürden. Die schändliche Besteuerung der französischen Kapitalisten beim Wiederaufbau des verfallenen Nordfrankreichs hat das deutlich genug gezeigt. Die französischen Kapitalisten, die im Weltkriege ebenso schuldig sind wie die deutschen, haben keine Berechtigung, an die deutschen Arbeiter Reparationsforderungen zu stellen.

Wenn in Deutschland und in Frankreich die Arbeiterklasse die Macht übernimmt, dann wird die brüderliche Solidarität des deutschen und französischen Proletariats die noch vorhandenen Kriegsschulden heilen.

Die kommunistischen Parlamentarier Deutschlands und Frankreichs verpflichten sich, gemeinsam den Kampf zu führen gegen die Regierungen, gegen den Imperialismus und Nationalismus diesseits und jenseits des Rheins, gegen das Sachverständigenabkommen als Ausdruck des gemeinsamen Raubplans des französischen und deutschen Kapitals, für die Ausräumung der besetzten deutschen Gebiete von den Truppen des internationalen Kapitals, für die Ausräumung der proletarischen Gefangenen in allen Ländern, für die Überwindung des europäischen Kapitalismus durch die proletarische Revolution.

Die parlamentarische Aktion gegen das Sachverständigenabkommen ist aber erfolglos, wenn nicht die arbeitenden Massen außerhalb des Parlaments selbst die aktive Abwehr der kapitalistischen Räuberpläne beginnen. Schon haben in Deutschland 500 000 Bergarbeiter durch ihren wochenlangen Streik den kapitalistischen Plänen ein schweres Hindernis bereitet. Neue Abwehrkämpfe der Metallarbeiter und Eisenbahner sind in Deutschland in Vorbereitung. Entsprechende Kämpfe der Bergarbeiter und Textilarbeiter sind auch in Frankreich zu verzeichnen.

Alle diese Bewegungen müssen in Deutschland und in Frankreich zusammengefaßt,

gesteigert und mit einheitlicher Macht gegen das internationale Kapital gerichtet werden. Massenaktionen in Deutschland und in Frankreich müssen die Annäherung der politischen Gefangenen des Proletariats erzwingen. Der Widerstand der proletarischen Massen muß der neuen Verfolgung der revolutionären Arbeiter entgegenzutreten, die in Deutschland gegenwärtig im Gange ist. Auch die Herriot-Regierung in Frankreich wird bei jeder Zulassung des Klassenkampfes die Poincaré-Methoden anwenden. Der neue radikale Minister Meyer hat ja bereits als Bürgermeister von Halle genügend Arbeiterverflechten lassen.

Jeder Widerstand gegen Lohnabbau und Verflechtung der proletarischen Lebenslage, jeder Widerstand gegen politische kapitalistische Gewalttätigkeiten in Deutschland wie in Frankreich ist zugleich ein Schlag gegen den Sachverständigenplan.

**Nieder mit den vereinigten Räubern Europas!**

**Nieder mit ihren sozialdemokratischen Helfershelfern!**

**Nieder mit der heuchlerischen Phrasenlogik des Völkerbundes!**

**Hoch das deutsche und französische revolutionäre Proletariat!**

**Hoch die Dritte Internationale!**

**Hoch die vereinigten Sowjetrepubliken Europas!**

Köln, den 24. Juni 1924.

**Die Kölner Konferenz  
der KP Deutschlands und Frankreichs.**

# Folgen des Gutachtens

## Die Auspoierung der Beamten

Von Horst

Wie verschieden auch die Beurteilung der wichtigsten Teile der Gutachten des Dames-Komitees, haben aber alle in Nr. 24 vom 24. Juni entschieden U. ab.

### II. Steuern und sein Ende

Es ist eine Binsenweisheit, daß sich die Beamten in Deutschland im letzten Jahrzehnt vergrößert haben und daß in Form des Lohnabzugs, der indirekten Steuern und der Zölle die gesamten Einnahmen des Reiches an den Beamten und an den Beamten für den Staat zufließen. Die indirekten Steuern ungebührlich niedrig erscheinen und entsprechend dieser „Günstigkeit“ soll denn in Zukunft die indirekte Steuerlast noch weiter angesetzt werden. An zwei Stellen wird dabei der Fiskus angegriffen, bei der Eisenbahn und beim Staatsbahnbau.

Bekanntlich wird seit der Kriegerzeit auf alle Bruttoeinnahmen der Eisenbahn eine sogenannte Verkehrssteuer erhoben, und zwar im Güterverkehr ausschließlich, im Personenverkehr und im Personenverkehr je nach Klasse 10 bis 16 Prozent. Sieben und ein Achtel ist ein Durchschnittssatz von jedem Fracht der Gesamtbruttoeinnahmen der Reichsbahn. Nach den Vorklären des Dames-Komitees sollen diese Steuern auch in Zukunft beibehalten werden, da das ein Anreiz sei, die Eisenbahn zu verbessern. Der Ertrag der Verkehrssteuer für 1924 wird auf 290 Millionen Goldmark geschätzt. Bei gleichbleibenden Preisen kann diese Erhöhung nur automatisch mit einer Erhöhung der Person- und Gütertarife eintrifft. Das verlangt Dames auch, die Eisenbahn sollte die Hälfte der 2. und 4. Klasse der Eisenbahn fahren lassen, die 1. Klasse der Eisenbahn fahren lassen. Wichtig sind die Maßnahmen, nach denen, welche ungebührliche Steuerlast erneut dem deutschen Verbraucher aufgebürdet wird, denn es dürfte doch nicht der geringste Zweifel darüber bestehen, daß die geplanten Tarifsteigerungen vollständig in einer Art Verwertung der Lebenshaltung auswirken müssen. Bei einem durchschnittlichen Jahreseinkommen von 119 Millionen der Gesamtbruttoeinnahmen beträgt die Erhöhung der Verkehrssteuer von 227 auf 290, also um 63 Goldmark, eine Vermehrung der Bruttoeinnahmen aus dem Güter- und Personenverkehr um 1050 Millionen Goldmark, die zu Lasten der deutschen Verbraucher gehen. Zusammen mit den 63 Goldmarken Mehrertrag aus den Verkehrssteuern gibt das eine Summe von 1113 Millionen der Gesamtbruttoeinnahmen, was ungeachtet der Erhöhung einer Verkehrssteuer von 15,50 Mrd. für eine sechsöpfige Familie demnach eine solche von 111 Mrd. auf 125 Prozent des ab 1. Juni erhöhten Gehaltes eines Beamten der Besoldungsgruppe I.

Aus dem Staatsbudget sollen im Normaljahre 1250 Millionen Goldmark als Reparationsleistung an die Entente abgeführt werden, und zwar wird als Garantie die Reparationsleistung die Zölle und Verkehrssteuern des Reiches mit Beschlag belegt. Aus dem Ertrag sollen 1250 Millionen der Gesamtbruttoeinnahmen abgeführt werden, während Deutschland über den einzelnen Verbraucher verfügen darf. Folgende Summen sollen durch Zölle und Verkehrssteuern, die den deutschen Verbraucher „ungebürlich niedrig“ erscheinen, aufgebracht werden:

Zollsteuer	850 Mill. G.-M.
Zölle (eine „wesentlich höhere“ Summe, als mindehens)	1000 „ „
Aufhebung des „Reichssteuerstudien“	130 „ „
Erhöhung (in den „Reichssteuerstudien“)	200 „ „
Geldsteuer (in den „Reichssteuerstudien“)	70 „ „
Streichholzsteuer (in den „Reichssteuerstudien“)	20 „ „
Sa.: 2276 Mill. G.-M.	

In Wägen der Zölle und Verkehrssteuern liegt es, daß sie fast ausschließlich von den mittleren und unteren Einklassigen, die das Gros der Verbraucher bilden, bezahlt werden; denn es ist eine allbekannte Tatsache, daß an ihrem Ertrag der Großbourgeois mit seinem Millionenvermögen nicht wesentlich höher beteiligt ist, als der Beamte und der Arbeiter mit ihren Besehloffenen. Von den 2276 Millionen der Gesamtbruttoeinnahmen der Verkehrssteuern trifft durchschnittlich auf den Kopf der Bevölkerung die Summe von 35 Mrd. Auf eine sechsöpfige Familie jenseit 228 Mrd., das sind 28 Prozent des ab 1. Juni erhöhten Gehalts eines Beamten der Besoldungsgruppe I.

Unabhängig solcher Zahlenangaben ist wohl die Frage berechtigt, ob nicht ein „sofortiges Ende“ über die Vermögensgegenstände der Beamten besteht, wenn die verdrängten Vermögensgegenstände der Beamten nicht ein 60-Millionen-Rohfisch? Und doch ist dem Reichsamt für den deutschen Proletariat und besonders der deutschen mittleren und unteren Beamten noch nicht bis zur Keule gefahren.

### III. Verhinderung der Reichsbahn

Der deutschen Verkehrsminister fehlt zur Verwirklichung seiner Wägen der Bahn eines sehr wichtigen Wirtschaftsfaktors, des Verkehrswehrens. Kein Wunder also, daß seit Jahr und Tag die deutschen Industriellen ihre gierigen Hände nach dem deutschen Eisenbahnvermögen ausstrecken. Dem verstorbenen Minister der deutschen Industrie, hat bereits im Jahre 1921 dem Deutschen Reich eine „Anleihe von 500 Goldmark“ an die Reichsbahn aus dem deutschen Staat herausgefunden hatte, und verlangte nicht weiter, als die Vergütung der Eisenbahnen an die kapitalistischen Konzerne. Neuer erste Vorstoß nach dieser Richtung, den die Eisenbahnen durchzuführen, sind die internationalen Kapitalisten, die besten Sachverwalter sind, an den ausländischen Kapitalisten der Vermögensgegenstände der Eisenbahnen fungieren wird, neben dem der deutsche „General-Direktor“ und die deutsche Hälfte (von 18) des Verwaltungsrates „Kommissioner“ wird nun ungebührlich in die Verwaltung der Eisenbahnen, der nicht nur die Zölle und Verkehrssteuern des Reiches, sondern auch die Zölle für den Personen- und Güterverkehr selbstständig zu flux und formen des Geldes bestimmt.

Auf eine Seite der volkswirtschaftlichen Zustimmungen dieses Jahres wurde bei den Vorklären der Erhöhung der Zölle und der Verkehrssteuer bereits hingewiesen, aber eines darf unter keinen Umständen vergessen werden. Mit der Verhinderung der Reichsbahn, die als Monopol kleiner Konkurrenz besitzt, an die ausländische Großbourgeois wird die deutsche heimische Industrie werden alle bis jetzt noch selbständigen Unternehmungen (Fertigungsindustrie) unter die Vormacht der deutschen und fremdländischen Stimmeln gewonnen. Damit ist heimische Konkurrenz beseitigt und die Konzerne werden einfach die Preise erhöhen. Wenn die Verhinderung der Reichsbahn nicht ein 60-Millionen-Rohfisch sein würde, so ist dies nach dem Reichsamt für den deutschen Proletariat und besonders der deutschen mittleren und unteren Beamten ein Verlust von über 100 Millionen reelles beisehören.

Die mittleren und unteren Beamten und nicht nur die der Eisenbahn, sondern alle Kleinrentner, dürfen niemals ausgeben, daß das Sachverhinderungsgutachten realisiert wird, weil sie damit den Lebensstandard verlieren würden. Es ist das Verhängnis der deutschen Beamten, daß sie noch weit weniger als das Industrieproletariat gegen die teuflischen Methoden der Kapitalisten, ihren Gegner zu geirritieren und getrennt zu schlagen, gefeit ist.

Freilich werden zunächst nur die Eisenbahnbeamten diejenigen sein, die direkt getroffen werden. Kleinrentner müssen von den neuen Beamten aus den Bahnen herausgeschloffen werden; handelt es sich nicht nur darum, jauchend die Beamten an die Reparationskasse zu zahlen, sondern auch noch die gewöhnlich niedrigen Verdienenden für die in- und ausländischen Aktionäre zu erzielen. Das ist nur möglich, wenn neben einer gewaltigen Steigerung der Einnahmen die Ausgaben wesentlich vermindert werden. Darauf werden alle Maßnahmen des „Eisenbahngesetzes“ und seiner Trabanten eingeleitet. Sie werden den unter den Beamten der Eisenbahn-Dienstleistungen Verordnungen aufzulegen, die die Arbeiter zwingen und erneut Unterzahlungen von Arbeitswilligen dem grauen Elend der Grubenarbeiter fruchtlos verantworten. Was nächste Konsequenzen werden sie die Arbeitslosigkeit bis zur Unmöglichkeit verlangen, die Löhne und Gehälter noch weiter senken, den Urlaub kürzen um. Der alten Dingen aber werden sie unfähig, Konsumverhinderung und Hinterbliebenenfürsorge als mit ihren Profitinteressen unvereinbar abzuweisen. Kalküle werden sie die Beamteninvaliden und die Hinterbliebenen der Beamten dem Hunger preisgeben. Man sage uns nicht wie immer, wenn wir unsere Wohnungen in die Weltlosigkeit hinabsinken, wir wollen nur leben. Die Gehälter sind abgesetzt nicht zu steigen, weshalb jetzt schon vor Auslieferung des Sachverhinderungsgutachtens, die Eisenbahnbeamten bis zur Besoldungsgruppe VI ins private Arbeitsverhältnis übergeführt werden sollen, ein neuer Beweis dafür, wie die höheren Beamten als Flächenhalter vor den Kapitalisten gesteht und erhalten werden, die die mittleren und unteren Beamten, wenn nicht wirtschaftliches Elend und in die Elenderei hinabgeführt werden.

Die mittleren und unteren Beamten der übrigen Betriebs- und

Sozialverwaltungen des Reiches, der Länder und Gemeinden dürfen sich unter keinen Umständen der Hoffnung hingeben, daß die Entschädigung auf die Beamten der Eisenbahn beschloffen wird. Die Entschädigung werden auf Grund ihrer Wirtschaftsmacht die gleichen Maßnahmen generell für alle Beamtenkategorien fordern und deren Durchführung erzwingen.

Das Sachverhinderungsgutachten bedeutet faktisch die Vernichtung der deutschen Fertigungsindustrie und in besonderer die der mittleren und unteren Beamten. Wie ein Mann müssen sie sich gegen die völlige Vernichtung erheben. Die Vorklären der deutschen Industrieproletariat sind im Lohn. In allen Ecken und Enden flammen die Arbeitskampf und Lohnkämpfe auf. Die mittleren und unteren Beamten müssen sich endlich über alle Parteiziele und ihren Ständesittlich hinwegsetzen, in diese Kämpfe einziehen und die große Schlacht, den Generalstreik, mit vorbereiten, wenn sie leben wollen. Sie werden aber vernichtet und vernichtet, wenn sie in der bevorstehenden Auseinandersetzung zwischen dem internationalen Kapital und den Ausgebeuteten nicht dort kämpfen, wo die roten Fahnen des Klassenkampfes proletariats wehen.

## Der Reichstag gegen die Beamten

### Nur die Kommunisten treten für die Beamten ein

Berlin, 25. Juni.

Die Reichstagsführung vom Mittweg hat gesagt, daß das Beamtenproletariat nicht neue Aufschläge vom Reichstag zu erwarten hat.

Genau 72 Millionen sollen laut Regierungsvorlage zur Aufbesserung für die Besoldungsgruppen 1 bis 6 verwendet werden, das macht ein Prozent pro Tag und Monat. Die Besoldungsgruppen 1 bis 6 werden einen Fortschritt für die Beamten. Ihr Antrag fordert die Besoldung der Gruppe 1 für alle Beamten der Gruppen 1 bis 6, ferner Aufhebung der Abbauordnung und Wiedereinstellung aller entlassenen Beamten. Genosse Glöckner begründete die Aufbesserung der Besoldung der Beamten der Besoldungsgruppen 1 bis 6 und die immer noch nicht verhängte Spanne zwischen den oberen und unteren Beamtenbesoldungen. Er brandmarkte den Charakter und die Durchführung der Abbauordnung. Er enthielt die Heftigkeit und Mittelstärke der SPD.

Der Sozialdemokrat Steinlopf erklärte: Wir brauchen eine zufriedenstellende Beamtenliste für die Durchführung des Dames-Gutachtens.

Dieses zynische Wort aus dem Mund eines Sozialdemokraten charakterisiert die neue Stellung, die der Ungehörigkeit gegen die Beamten einnimmt. Der kommunistische Antrag wurde von einem Zentnermehrheit für verurteilt erklärt. Die Abstimmung wurde nach einigen brüchigen Bürgerlichen Nebenverträgen.

## Die Unternehmer legen die Produktion still!

### Der Mansfeld-Scandal

Wir brauchen füglich die Nachricht, daß namentlich auch die größte der Schachtelungen, der Hermanns-Schacht, stillgelegt ist. Damit hat die Mansfeld-W.G. freie Drohung vom 29. Mai 1924 erfüllt, als sie bei den Entlassungen auf dem Vorklären des Dames-Komitees, die Besoldungsgruppen 1 bis 6, die Entlassungen bevorzugen, da die Vermehrung aus den sogenannten Mitteln füglich füglich will falls der Kupfergehalt zurückgeht. Es ist erst ein paar Wochen her, daß der Mansfelder Kupferbergbau keine Produktion für die arme Mansfeld-W.G. imstande ist. Er kam nicht mit leeren Händen nach Gelsenkirchen, sondern mit einem großen Barrenvermögen. Die Arbeiter, die der Umstrukturierung des Bergbaus, das man bestimmte Kapitalisten der Gesellschaft und dazu noch einen bedeutenden Frachtenzuschlag auf den von ihm benötigten Koks, also eine große Speisekarte von Krediten.

Und trotz alledem sind im Mansfelder Lande mehrere tausend Arbeiter zur Entlassung gekommen. Mit dem Fall Mansfeld ist die Forderung erbracht, daß die kapitalistische Schicht in die Lage zu kommen, die Arbeiter zu regulieren. Senkung des Reallohns, Verlängerung der Arbeitszeit, überhaupt Ausbeutungsmethoden des Mittelalters konnten die Rentabilität der Kupferwerke nicht aufrechtzuerhalten. Denn den Ausbeutungsmethoden gleichen die Verwaltungsmethoden der Mansfeld-W.G. Als Hugo Herzfeld leitete die Mansfeld-Werke aus, so war eine der wichtigsten Grundlagen die, wie sehr man die Rentabilität der Gesellschaft steigern konnte, wenn man die hundertprozent mehrern. Obwohl nun die Kreditengpässe an die Mansfeld-W.G. erfolgt ist, doch die offene Produktionslage abgeteilt. Mit Mansfeld ist ein Präzedenzfall geschaffen, um dessen Auslegung und Beantwortung die Vertreter einer realistischen Arbeiterpolitik nicht herumkommen. Die entscheidende Frage ist mit Mansfeld einzuwickeln: Soll das Unternehmertum weitere Geldgüsse in Form von Krediten einbringen, um nur fortzusetzen, oder sollen die Arbeiter den Betrieb weiterführen? Klar und deutlich muß demgegenüber die Antwort sein.

Seine Sozialkredite als Geldgüsse an das Unternehmertum! Keine Verhinderung der Löhne auf Kosten der Liquidation des Staatskredits! Keine Verhinderung der Kontrolle des Betriebsrates! Weiterführung des Betriebes durch die Arbeiterkraft!

### Wieder Tausende hinausgeworfen!

(Eig. Drahtf.) Helbest, 26. Juni.

Aus Helbest wird gemeldet: Von den industriellen Werken arbeiten 80 Prozent nur noch drei Tage in der Woche. Zwei große Betriebe sind bereits geschlossen. Weitere Entlassungen stehen bevor. Das Leben der Arbeiterkraft ist insofern sehr schlecht. Die Stundenlöhne betragen durchweg an geringere Arbeiter 48 bis 53 Pfennig. Da die Arbeiter mit den Hungerlöhnen nicht leben können, macht sich steigende Erregung bemerkbar.

(Eig. Drahtf.) Wiesdorf, 26. Juni.

Die Farbenfabrik Hoefer in Wiesdorf hat bis zum 14. Juli 2000 Mann ihrer Belegschaft entlassen und will noch weitere 2000 aus Platzmangel werfen.

(Eig. Drahtf.) Ragnitzbte, 25. Juni.

Die Königshütte in Ragnitzbte O.S. will den ganzen Ragnitzbetrieb schließen und die gesamte Belegschaft abbauen.

### Die betrogenen Legilarbeiter

(Eig. Drahtf.) Gzefeld, 26. Juni.

Die Legilarbeiter nehmen im gesamten heimischen Gebiet umfangreiche Entlassungen von Arbeitern vor. Die Gehaltenden verlangen dabei die Hälfte, die Legilarbeiter um die Hälfte zu verlangen. Bei dem letzten Tarifabschluß wurde nämlich eine Vermehrung angenommen, nach der alle Arbeiter seinen Urlaub beisehören, der vier Wochen vor den Ferien nicht befristigt waren. Die Erregung der Legilarbeiter ist sehr groß.

### 6000 Arbeiter ausgeperrt!

(Eig. Drahtf.) Breslau, 26. Juni.

Die im Eisenbahnenwerk Niederschlesien zusammengekommenen Hüttenwerke haben insgesamt rund 6000 Arbeiter und Arbeiterinnen mit Wirkung vom Dienstag ausgeperrt. Der Anschlag dieser Maßnahme gab die Verhinderung der Produktion eines von Schließungsausschluß gefällten Schließeprodukts, der in der

### Unternehmerpraktiken in der Thüringer Glasinstrumenten-Industrie

Die „Thür. Allg. Ztg.“ meldet: „Die katastrophale Geldknappheit wirkt sich in immer größerem Umfange aus. Nachdem zahlreiche Werke bereits zu Produktions-einstellungen gezwungen waren, haben jetzt die Industriellen in ihrer letzten Verzweiflung die Betriebe stillgelegt.“ In den Fabriken erscheint folgende Bekanntmachung: Die wirtschaftliche Lage der Glasinstrumentenindustrie verdirbt uns, irgendeiner Lohnverhöhung oder Urlaubsgewährung zu bewilligen. Wir sehen uns genötigt, zur Abwehr der Existenzrisiko und zur Unterstützung der betroffenen Betriebe unsere gesamte Produktion heute mit überstündlicher Hast zu beenden. Unser geplanter Betrieb wird am 7. Juni geschlossen.“

### Die ober-schlesischen Montanführer provozieren

#### Zämerliches Spiel der Gewerkschaftsführer

Nachdem die Gewerkschaftsführer den Kampf der ober-schlesischen Kampfs mit allen Mitteln abgewehrt haben, ernten sie die Früchte ihres Verrates. Die Jochenberger setzen fünf entlassenen Gewerkschaftsführern den Stuhl der Thür. Diese hatten gefordert: 1. Eine Lohnverhöhung ab 1. Juni. 2. Die Frage der Wiedereinstellung (Mittelregelungen). 3. Juridische der Anordnung, daß das Arbeitsverhältnis unterbrochen ist. 4. Regelung der Urlaubstage. 5. Verhandlung über die Genährung der Wehrlösungen an ober-schlesischen Knappheitsveroren.

Freitag waren die Verhandlungen. Die Gewerkschaftler waren bereit, alles zu schließen. Aber die Unternehmer haben den Sieg nicht gemacht, verzweigten jede Konzeption. Sie erklärten die Listen der Entlassenen „wohlwollend prüfen“ zu wollen und, wenn die Arbeiterbetreuer alle ihre Forderungen strieben, auf die Karrenzeit von einem Betriebsrat in der Frage der Deputatliste zu verzichten. Und die Gewerkschaftsführer — jubelten.

Daß bezüglich der Wiedereinstellung und der Deputatliste der Arbeitgeberverband bereit ist, Entgegenkommen zu zeigen.“

Mit Freude geben diese Bourgeoisin die gemehrten Arbeiter bereit, opfern den Schlichtungsstund, opfern alles, nur eine kleine Lohnverhöhung verlangen sie. Doch die Jochenberger bleiben hart und verziehen das Verhandlungsgemitter. Die Gewerkschaftsführer wenden sich nunmehr an das Reichsarbeitsministerium, wahrscheinlich mit demselben Erfolg.

### Gegen die Betriebsstilllegungen

#### Eine Anfrage der kommunistischen Reichstagsfraktion

Die kommunistische Reichstagsfraktion hat folgende Anfrage an die Regierung gerichtet: „Die Leitung der Deutschen Werke A.-G. West Spandau, nimmt eine beträchtliche Betriebsstilllegung vor, wodurch schon 2000 Arbeiter betroffen wurden. Ist die Regierung bereit, die Betriebsstilllegung und Stilllegung bei diesen Werken einzustellen und die eventuell notwendigen Mittel zur Weiterführung der Werke bereitzustellen?“

### Natürlich!

#### Der Arbeitsminister für die Rhein- u. Ruhr-Industriellen

Der Rhein- und Ruhr-Industriellen hat den Schiedspruch vom 12. Juni, der für die eisenbahnbedingte und eisenbahnbedingte Industrie der Gruppe Nord-West nochmals eine Verlängerung der bisherigen Arbeitszeitregelung bis zum 31. Oktober und eine ganz geringe Lohnverhöhung vorsieht, mit Kritik auf die unverändert ungünstige Wirtschaftslage für die Arbeiter erklärt. Fragt sich nur noch, ob die Arbeiter Rheinland-Westfalens sich diesen Schiedspruch, der ihnen noch größere Kosten auferlegt, gefallen lassen werden. Wenn ja — dann wird das Unternehmertum durch seinen leichten Sieg zu erneuerten Angriff ermächtigt. Darum kann es nur einen Weg geben: Erhöhter Kampf zur Erhaltung der Existenz des Proletariats!



# Leipziger Straße 88

Februar 1924

Ab morgen, Freitag, den 27. Juni 1924:

**Der gigantische alpine Sportfilm**  
über dessen Aufführung sämtl. Allst. Zeitungen des In- und Auslandes berichteten  
Es handelt sich hier um ein Filmmwerk  
**wie es Menschenaugen tatsächlich noch nicht gesehen haben!**  
Es ist ein Sportfilm entstanden, den uns das Ausland nicht nachmacht  
der seinesgleichen sucht u. die ganze Welt in Entzücken versetzt!

## Alpine Majestäten!

### Im Banne der Zermatter Eiszriesen Die Schönheiten und Gefahren der Alpenwelt

Gefährlichste Gletscherwanderungen im Gebiet der Zermatter Alpen

4 Akte!

4 Akte!

Dieser Akte überwältigender Naturschönheiten und märchenhafter Pracht des Hochalpenwinters

Die Aufnahme war für die Expeditionsteilnehmer mit Todesgefahr verbunden, aber der sportliche Ehrgeiz hat hier eine Leistung vollbracht, auf die der Expeditionsführer Werner Schoorlmeitler stolz sein kann. Von Zermatt aus geht es zuerst auf die Gletscherwelt, von hier aus auf das Föhnhorn, wo sich ein überwältigender Gletscher in den Wäldern der ganzen Gegend breitet. Besonders fesseln die Riesengletscher und die Gletscherseen die Aufmerksamkeit der Zuschauer. Wegen schlechter Witterung mußte hier die Zeit für eine abgebrochen werden, und die Expedition kehrte nach Zermatt zurück. Die Erlebnisse der Beteiligten führen uns in die Föhnberge, dann durch St. Anton am Arlberg auf die alle Hochgebirgsalpen umspannende Schmelzwasserbahn zum Kaiserthum, dem Kaiser der Kaiser, Kaiserin, Kaiserin. So wird der Monte Rosa betreten, auf dem die höchste italienische Schmelzwasserbahn, die Gabbana-Massena, liegt. Wir lernen den Sommerort einer der berühmtesten Kurorte der Alpen kennen. Zwischen ihnen liegen die Gletscher. Wir sehen die Fernschneise nach Arosa bei der Rettung auf der Föhnberg-Straße. (Sämtl. empfangen im Laufe der Zeit im Traum des Operettenspiels und die Episode vom Sommerabend auf lichter Höhe.)

Der Film ist ein ganz hervorragendes Dokument! Führen deutschen Sportgeistes  
Vorführung: 5.00 7.10 9.30 Uhr

### Erkenntnis der Sünde!

Eine Tragödie in 5 Akten. Vorführung: 4.00 6.10 8.20 Uhr

Beginn: Sonntags 8 Uhr. Werktags 4 Uhr

# Alte Promenade 11a

Februar 1924

Ab morgen, Freitag, den 27. Juni 1924:

Erkaufführung des großen Brunst- und Brautfilms

## Tragödie

### im Hause Habsburg

Ein Drama aus dem Wiener Hofleben der achtziger Jahre in einem Vorspiel und sechs Akten

Regie: Alexander Korda

In den Hauptrollen:

1991

### Maria Korda

Jacob Tiedtke — Olga Limburg — Ferdinand von Allen  
Mag Gullstorff — Koloman Jaton — Emil Jenzovszky

Eine seltenere Fülle der unergreiflichen Einbrüche verleiht uns dieses Filmmwerk, welches Verluhe ähnlicher Art — man darf dieses mit ruhigem Gewissen behaupten — tief in den Schatten stellt. Der Umstand, daß alle Aufnahmen am Ort der Begebenheit gemacht wurden, uns also ein wahrheitsgetreues Bild schaffen, drückt dem Werke den Stempel der Echtheit auf. Man laßt immer wieder über die Pracht der Kaiserhöfe, über die Brunstentfaltung am Kaiserlichen Hofe in Schönbrunn, wo sich zu den Hofballen eine erlesene Schar glänzender Kavaliere und schöner Frauen, Hals und nackte Schultern mit Edelsteinen geschmückt, versammeln. Auch in das Privatleben einer kaiserlichen Familie erhalten wir Einblick, sehen Franz Joseph als Familienvater und als Privatmann . . . . . Trübe Wolken steigen auf, als die Hoffnung des Hauses Habsburg, Kronprinz Rudolf, die bildschöne Baroness Veresa kennen und lieben lernt. Höflicher Klatsch, engherziger Neid und schleichende Intrigen schaffen die Atmosphäre, die schließlich zu dem Drama im Jagdschloß Mayerling führt, das in den achtziger Jahren die ganze Welt in Aufregung versetzte.

Vorführung: Sonntags 3.20 5.50 8.20 Uhr

Werktags 4.00 6.10 8.20 Uhr

Beginn: Sonntags 3 Uhr

Werktags 4 Uhr

# „DAS WORT“ kostet monatlich 1,20 Mk.

# R. B. D.

### Ortsgruppe Halle

- Direkt 7. Donnerstag, abends 7 1/2 Uhr. „Vorbereitung“: Mitgliedsverammlung.
  - Direkt 8. Freitag, abends 7 1/2 Uhr. „Vorbereitung“: Mitgliedsverammlung.
  - Donnerstag, 24. Juni, abends 8 Uhr. im „Rosa Hof“: Preisverteilung.
  - Freitag, 25. Juni, abends 8 Uhr. im „Rosa Hof“: Preisverteilung.
  - Direkt 11. Freitag, 27. Juni, abends 8 Uhr. bei Scherzinger, Brühlstraße: Mitgliedsverammlung.
  - Direkt 12. Sonntag, sonnig, sonnig 10 Uhr. „Rosa Hof“: Mitgliedsverammlung.
- Halle-Beitrag**
- Kirchen, Donnerstag, abends 8 Uhr: Preisverteilung. — Freitag, abends 8 Uhr: Mitgliedsverammlung.
- Manöver der Seefreie**
- Freitag, Sonntag, 29. Juni, abends 7 1/2 Uhr. Rosa Hof: Mitgliedsverammlung.
  - Freitag, Sonntag, 30. Juni, abends 8 Uhr. Jugendheim: Mitgliedsverammlung.
- Kreis Werbung**
- Freitag, Sonntag, 29. Juni, abends 8 Uhr. im Hotelhof: Mitgliedsverammlung.
- Kreis Feig**
- Freitag, Sonntag, 29. Juni, abends 8 Uhr. im Hotelhof: Mitgliedsverammlung.
- Kreis Torquas**
- Freitag, Sonntag, 29. Juni, abends 8 Uhr. im Hotelhof: Mitgliedsverammlung.

# Stadt-Theater

Freitag 8 1/2 Uhr: **Barfisch**  
Sonnabend: **Kolportage**  
W.F.C. „Union“  
Zu unserem am Sonnabend dem 28. Juni 1924 im „Kellerkeller“ zum Werden, stattfinden von

### Vergnügen

Jeden Freitag **Schlachtfest**  
Freitag: **Wichtige Versammlung**  
Freitag: **Rugo Haug**  
Freitag: **„Zum Markgrafen“**

# Gummisohlen u. Abdrücke

Erneuerung.  
Die Beibehaltung der Gummisohlen ist gegen die Gummisohlen aus Granat getan habe, nehme ich hiermit als umgehend an.  
Frau Martha Schlegler, Grana

### Jeden Freitag Schlachtfest

Freitag: **Wichtige Versammlung**  
Freitag: **Rugo Haug**  
Freitag: **„Zum Markgrafen“**

# Licht-Spiele

Ab heute, Donnerstag:  
Nach dem Riesenerfolg von „Zwei Menschen“  
Der zweite Trianon-Großfilm:  
**NANON**  
6 Akte  
Regie: Hans Schwarz  
Hauptdarsteller:  
Harry Liedtke, Hanni Wehse, Gräfin An. Althaus  
Das Zeitalter des Sonnenkönigs Ludwigs XIV.  
wird in diesem Film herausbelebend mit der Heppigkeit seiner Feste, seinem schimmernden Glanz, seiner lahenden Dajestende!  
Von diesem farbigen Hintergrund hebt sich die Gestalt der unumhüllten Mirin vom „Goldenen Lamm“  
In einer anmutigen Widerrolle gewinnt diese Mirin, die für uns nachgehört noch immer von einem ungeschwundenen Jambur umhüllt ist, unmittelbare Lebenswirklichkeit!  
Ein prachtvoller Kostümfilm von Grazie und feinem Humor, der durch die Kultureinheit, die ihm das Gepräge gibt, zu den besten Erzeugnissen dieses Genres zählt  
Freitag:  
Der Empfang des Seehelden Graf von Lutner und seiner Gemahlin auf dem Hauptbahnhof in Halle a. d. S.  
Wichtigste gelungene Aufnahmen der G.L.-Lichtspiele  
Sitzung: 1928

### Ab heute, Donnerstag:

**Tom Mix**  
Der galante Tollpöhl! Der Weibling aller Weiber! Der unheimliche, tollkühne und heroische Sohn der wilden Steppe in feinsten mit großer Spannung erwarteten  
**Riesen-Wild-West-Abenteuer-Film**  
**Der Blitzbeißer**  
Das tollkühne, wildbewegte Leben der Raubreiter. Die hochdramatische Liebesgeschichte eines jungen, stahlharten Cowboys. Sein Eintritt auf Leben und Tod mit dem gewaltigen Feinde der Menschheit, dem Präriebrand, bietet in nie geahnter, glänzender Weise dieser neue, große Fox-Film  
Im Mittelpunkt dieses gigantischen Natur-Schauspiels steht:  
**„Tom Mix“, der beste Reiter Nordamerikas „Tony“, das klügste Pferd der Steppe**  
Sitzung:  
Ein Spiel der Liebe aus der Leidenzeit Europas, aus dem Jahre 1812:

### Ab heute, Donnerstag:

**Gräfin Vandières**  
6 Akte nach einer Novelle von Honoré de Balzac  
Im Rahmen eines Liebesdramas zeigt uns der Film den verfallenden Stern Napoleon's I. im strengen russischen Winter 1812  
Anfang Wochentags 4 Uhr, Sonntag 3 Uhr

# Deutscher Metallarbeiterverband

Verammlung  
aller Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter aus der Metallindustrie  
Zusammenkunft: 1. Entwidlung und Aufgaben der Gewerkschaften. 2. Die Lohnverhandlungen in der Metallindustrie. 3. Die Lohnverhandlungen in der Metallindustrie. 4. Die Lohnverhandlungen in der Metallindustrie.

# Bereine

Komm Jugend  
Ortsgruppe Halle  
Bereine  
Zusammenkunft: 1. Entwidlung und Aufgaben der Gewerkschaften. 2. Die Lohnverhandlungen in der Metallindustrie. 3. Die Lohnverhandlungen in der Metallindustrie. 4. Die Lohnverhandlungen in der Metallindustrie.

# Garneelen

eingetroffen. Abgabe an  
Eisberg, Alt-Ge.  
Freitag: 19. (1929)

# Zeitungsträgerin

Zur Quersicht zum 1. Juli gefordert.  
Zeitungsträger  
Zur Quersicht zum 1. Juli gefordert.  
Zeitungsträger

# Bock- u. Delikatwürste

Heinrich Müller  
Leipziger Straße 54  
Für Wiederverkauf billige Preisgünstigkeit

# Bis Montag, 30. Juni

Zeitungsträger  
Zur Quersicht zum 1. Juli gefordert.  
Zeitungsträger

# Gr. Instrumental-Alt

Richard Alvari  
Anfang Wochentags 4 Uhr, Sonntag 3 Uhr

# Fatty beim Kartenspiel

Auf der Bühne:  
Richard Alvari  
Anfang Wochentags 4 Uhr, Sonntag 3 Uhr

müssen alle Mitglieder der Produktiv-Genossenschaft ihre Anteilaufwertung vorgenommen haben. Wer den Termin verabsäumt, scheidet laut Statut aus der Genossenschaft. Genossen, erfüllt eure Pflicht sofort! Unser Bureau ist täglich außer Sonnabend u. Sonntag von 4-8 Uhr geöffnet (Zimmer 28)

## Halle und Saalkreis

### Paß schlägt sich — Paß vertritt sich

Die Klassenbewußten Arbeiter wundern es keineswegs, daß der Stahlhelm keine demokratische Ordnungsgesellschaft und daß er nicht einmal nötig hat, so zu tun, als ob er eine wäre. Am 11. Mai mühten die alten Frontkämpfer in Staub und Hiße 11 Stunden lang auf den Passendorfer Wiesen. Die Führer saßen im Hotel „Stadt Hamburg“ — nach einer Einführung.

Die Universitätsprofessoren hätte man von den „Höchsten“ und die „Mittlerhöchsten“ abgerufen und als feindliche Bürgerliche, um die man nicht herum kann, in eine Ecke verfrachtet. Wäre es ja nur, man hätte man einen Finanzmann geschickt. Von den wirklichen Frontkämpfern, die das Gros des „Stahlhelm“ ausmachen, sah man keinen.

Selbstverständlich, daß der schlichte Kriegervereiner im Braten- und der devote Wissenstatter beim Tadel nicht neben Vordenker sitzen dürfen. Und vor sich nach solchen Ehrenplätzen reißt, dem ist nicht mehr zu helfen. Dementselben gehen die Nachbarn des „Stahlhelm“, die „Wehrwölfe“, getreu dem Vorbild ihres Zabel auf „Saal aus“, so daß die Organisation des Wehrwolf schon öffentlich vor ihren Mitgliedern warnen muß. Die Wehrwölfe frellen sich dabei gegenseitig auf. Aber es gibt unter ihnen und unter den Stahlhelmen, wenn auch keine Schatzkammer, so doch Schatzkammer genug die ihren Kopf in die Schlinge stecken — in die Schlinge der sogenannten Jugendpolitik.

Wie geht das zu? Hat nicht erst am Dienstagabend nach der Reichstags-Gebensfeier eine Schlacht stattgefunden zwischen Schwarzweitzern und Schwarzrotgoldenen „Frontkämpfern“? Dagegen die eine Seite, die sich Republikaner nannte, unbewußt war, und obwohl die latenten reaktionären Angreifer mit den üblichen Wortschergen verlesen waren, ging der Kampf um das selbe teure Gut, das beide Parteien verteidigen wollen, um das sozialistische Vaterland, die die abertausend Republikaner wollen es — weislich und — schämen in dem Artikel 48 der Weimarer Verfassung, die romanischen Nationalisten wollen die Sicherheit des Ausbeutungssystems durch Formen erzwängen, die längst auf dem historischen Kebrichtsbaufen liegen. Es sollen Wärtzler entlassen heißen und drücken für das Kleinbürgertum.

Was aber ist das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold?

Seine Entstehungsgeschichte ist schon besprochen genug. Als sich die sozialdemokratischen Böhnen Hörsing, Krüger (Polizeipräsident in Magdeburg) von dem mitteldeutschen Proletariat bekränzt haben und auf der anderen Seite die Burschenschaft sich ein „Schwarz-Rot-Gold“ und die Arbeiter eine Bewegung ab der ehemaligen Großstadt Hörsing kümmerlich, ist Hörsing als Hauptplaner auf, sich um ihn zu führen, und in Magdeburg wurde der „Republikanische Ordnungsbund“ gegen die Kommunisten gegründet. Die bürgerlichen Parteien liefen im Landtag Sturm gegen die Arme Hörsing und Severing fuhr höchstbillig nach Magdeburg, um seinen besten Freund und nächstbesten Draufgänger seinen Kasse, dem überprüften Hörsing, etwas ins Ohr zu flüstern. Kurze Zeit darauf wurde dem Kind ein anderer Name gegeben und im Verein mit einem früheren kaiserlichen Offizier, einem Oberleutnant Wärenprung wurde das neue Gebilde errichtet. Von da aus wurde diese Organisation über das ganze Reich ausgebreitet. In seiner Tugend ließ Hörsing seine Unfähigkeit erkennen, daß sich der neue Stahlhelm hauptsächlich gegen die Kommunisten wenden müßte, d. h. gegen das Proletariat und seine Führer, die KPD.

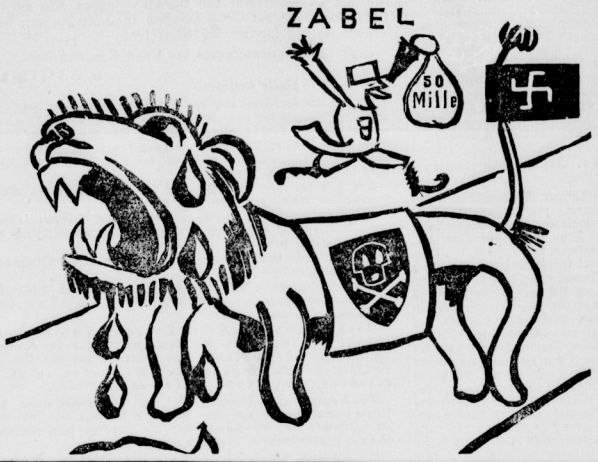
Doch selbst die Reaktionäre des „Reichsbanner“ als eine Schuttruppe der kapitalistischen Privilegien und Staatsmaschine gegen die Arbeiterpartei ansehen, zeigt folgender C u S des Landesverbandes Braunschweig des „Stahlhelm“ an den Verein „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“, den „Der Stahlhelm“ in seiner Nr. 21 vom 22. Juni veröffentlicht:

„Alles, was nach der großen Rede, die jüngst bei der ersten großen Feiern des „Reichsbanner“ in Magdeburg sein Gründer Hörsing gehalten hat, der neue Bund errichtet hat bereits der „Stahlhelm“ seit seiner Gründung vor fünf Jahren verfolgt und bereits durch Taten bewiesen.“

Der Bund „Reichsbanner“ ist „überparteilich“ — wir haben seine Veranlassung, daran zu zweifeln. Das ist der „Stahlhelm“ auch. Der „Reichsbanner“ tritt ein für strenge Disziplin, für Zucht und Ordnung, das tut der „Stahlhelm“ auch, und hat auch hier bereits, wie die Verhandlungen vor dem Staatsgerichtshof nachweisen, durch Taten Beweise von diesem seinen Willen geliefert. Das „Reichsbanner“ will die deutsche Republik schützen. Der „Stahlhelm“ stellt sich gleichfalls auf den Boden der Verteidigung, und er hat es noch bewiesen, das „Reichsbanner“. Er ist der Herr des Wortes „Republik“ das „deutsche Vaterland“. Wenn also das „Reichsbanner“ die „Republik“ schützen will, so muß es zuerst eintreten für den Staat, das ist das deutsche Vaterland.

Also auch hier vereinigen sich heider Ziele.

Und wenn das „Reichsbanner“ sich die Farben Schwarzrotgold erkor hat, unter der Devise: „Schwarz ist die Gegenwart, rot ist das Blut, das wir hingeben wollen für unsere Ideale, golden soll



### Der „Wehrwolf“ weint

denn sein Kaffierer Zabel ist nach Untererschlagung von 50 000 Mark flüchtig geworden. Um nach dieser Tat die Windjackentierkranen nicht zu erschrecken, hat der Totentopf-Club beschloffen, sich von nun ab „Windhund“ zu nennen, was ja seinem Charakter und den Windjaken ebenjogut entspricht, wie der Name des Reichen raubenden Wehrwolf.

die Zukunft sein die wir erringen“, so ist auch das genau das selbe, was der „Stahlhelm“ unter den alten Farben Schwarzweitzern (seinen Vereinsfarben) erringt.

Der „Stahlhelm“ wird es also mit großer Freude begrüßen, wenn beide im regen Wettstreit miteinander diesen gemeinsamen Zielen zutreiben.

Zugleich sieht er es als eine große Anerkennung seiner streifen Organisation an, daß

das „Reichsbanner“ sich genau nach dem Wähler der „Stahlhelm-Organisation“ richtet und danach seine eigene Organisation ausrichtet.

Der „Stahlhelm“ ist gerne bereit, ihm mit Ratsschlägen in dieser Beziehung zur Seite zu stehen. Da der innere Feind, der Bolschewismus, wieder mehr denn je am Werke ist und vielleicht in der nächsten Zeit ein blutrotes Banner überall entfalten wird, so hofft der „Stahlhelm“, wenn die Stunde ruf zusammen mit dem „Reichsbanner“ gegen diesen Feind der Republik und des deutschen Vaterlandes zu ziehen zu können.

### An die hallische Mieterenschaft!

Für den Renegaten Langheinrich und seinen sogenannten überparteilichen Mieterverein geht ein gewisser Hügel, Schwarzentweg 12, unter den Mitgliedern des Mieterverbandes treiben, mit der Behauptung, die Mitglieder müssen ungeliebte werden um. Dies ist demüthige Freireiung. Mitglieder des Mieterverbandes, weist diesem Hügel die Tür. Der Mieterverband vertritt nicht wie vor eure Interessen und knüpft Euch nicht, wie das bei dem Winkelbalken Langheinrich gang und gäbe sein wird, nach Geld für eure Vertreibung ab. Was bietet der Mieterverband seinen Mitgliedern:

**Kostenlose Vertretung** durch den vom Verband angeordneten Juristen vor dem Miet-einigungsamt, Mietschlichteramt und vor allen Abteilungen des Amtsgerichts in allen Miet- und Wohnstreitigkeiten.

**Kostenlose Auskunft** in den Streitigkeiten in allen Miet- und Wohnangelegenheiten.

**Kostenlose Lieferung** und Zustellung der monatlich erscheinenden Bezirks-Mieter-Zeitung.

**Aufklärung der Mitglieder** über Bedeutung der gesetzlichen Bestimmungen des Miets- und Wohnwesens durch die Bezirks-Mieter-Zeitung, durch Artikel in den Tageszeitungen, sowie durch Redatoren in Mitglieder- und öffentlichen Versammlungen.

### Achtung, Metallarbeiter!

Vom Deutschen Metallarbeiterverband wird uns geschrieben: Die Preisvermehrung hat für Sonnabend, den 28. Juni, abends 7 1/2 Uhr, im „Volkspark“ eine Versammlung aller Schweiß- und jugendlichen Arbeiter der Metallindustrie anberaumt. Folgendes ist, daß die erwachsenen Kollegen den jugendlichen Nachwuchs auf

Er sieht also die Zeit schon kommen, wo Schwarzweitzern mit Schwarzrotgold zu einer gemeinsamen Demonstration gegen den Bolschewismus sich zusammenfinden werden.“

Wir haben diese Zeit schon viel Jahre kommen leben und werden deshalb rücksichtslos die Partei entlassen, auf die die Folgen dieses Zusammengehens fallen, die Sozialdemokratie. Die Sozialdemokraten haben keine Millionen mehr, sie wollen, was sie wollen und was der „Stahlhelm“ will. Aber sie haben 6 1/2 Millionen, um nicht den aktiven Kampf aufnehmen zu müssen gegen reaktionäre Vorkriegseliten.

Wo war denn am 11. Mai die Sozialdemokratie?

Haben die Schwarzrotgoldenen Republikaner nicht hinter dem Dien getroffen, als kommunistische Arbeiter von den Augen der Schupo abdotieren im „Volkspark“ nach den Kommunisten Unterlassungsbüßen vorzuerufen. Die kommunistische Partei fällt nicht von Himmeln, sondern sie handelt, und sie wird nicht Halt machen bei der Bekämpfung der Schwarzweitzern Reaktion, sondern alles zerschmettern, was dem wahren Sieg der Arbeiterklasse hindernd im Wege liegt.

diese Veranstaltung aufmerksam machen und sie zum Besuch dieser Versammlung auffordern.

Am 30. Juni wird in den Betrieben eine Sachkontrolle stattfinden. Der sich alle Mitglieder des Verbandes zu unterziehen haben. Den rücksichtslosen Kollegen wird dringend geraten, schon im Laufe dieser Woche ihr Buch durch Entnahme von Marken bei den Kassieren in Ordnung zu bringen.

Wichtig für erworbene Metallarbeiter. In der nächsten Zeit wird der Deutsche Metallarbeiterverband an die erworbene Kollegen wieder Erwerbslosenunterstützung ausgeben. Dies erfolgt natürlich nur dann, wenn die Bücher in Ordnung sind. Wir fordern darum unsere juristisch erworbenen Kollegen auf, von dem Verbandsbureau regelmäßig die entsprechenden Marken anzufordern, damit, wenn die Auszahlung beginnt, keine Schwierigkeiten entstehen.

\* Holzarbeiterverband, Sektion der Bau- und Möbelführer. Donnerstag abends 7 1/2 Uhr Versammlung im „Volkspark“, 1. Neubaer der Sektionsleitung, 2. Redner der Vertragsverhandlungen. Ohne Mitgliedschein kein Zutritt.

\* Seemanns. Donnerstag, den 28. Juni, abends 8 Uhr, findet im Gewerkschaftshaus unsere Rangkonvention statt.

\* Koffelhöhle. Die für die Theatergemeinde F eingelösten Karten zu Karntage haben nur gute Metallarbeiterhand an die Kasse gehen, sind noch einige Karten in der Geschäftsstelle zu haben.

Immendorf, Mieterversammlung. Umhänge haben bereit die Mitglieder der Versammlung des Mieterverbandes am Freitag, dem 27. Juni, abends 8 Uhr, im „Eckstein“ hat.

Mietessen. Aus der Partei. Donnerstag, abends 8 Uhr, Funktionärsvorstellung. — Freitag, abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung.

### „Sintemann“ beleidigt deutsche Richter

Das Dresdener Amtsgericht verhandelte am Sonnabend gegen den Führer der Aufführung von Tolstois „Sintemann“ im Staatlichen Schauspielhaus. Ingesamt elf Personen erhielten im Urteil einen Strafbescheid über 30 Mk wegen Verletzung des § 300 Ziffer 11 des Reichsstrafgesetzbuches (Verletzung rühmender Güter). Sieben unterwarfen sich dem Strafbescheid nicht, sondern beantragten richterliche Entscheidung. Die Angeklagten wußten sich durch die Aufführung, insbesondere durch die Kuppel- und Schaulustenszene, beleidigt gefühlt haben. Schauspieldirektor Paul Winkler erklärte als Zeuge, daß er eine Person nicht erkennen konnte und wahren ans nicht hätte erkennen können. Der Staatsanwalt beantragte, es zum mindesten bei der angelegten Strafe zu lassen, da der Störungsvorbehalt der Angeklagten an Abkündigung grenze. Nach den Reden der Verteidiger, die auf Freisprechung plädierten, zog sich das Gericht zur Beratung zurück. Nach verhältnismäßig kurzer Beratung wurde das Urteil gefällt. Nach dem Urteil einer Ausnahme wurde die Angeklagten freigesprochen. Mit einer Begründung des Urteils heißt es: Nach Überzeugung des Gerichts liegt eine Beleidigung des Subjekts durch das Stück vor. In der Schaulustenszene könne das Wort: „das ist deutsche Kultur“ nur so aufgefaßt werden, daß der Dichter dem Deutschen einen Schlag verlesen will. Die Angeklagten haben sich also mit Recht gefühlt gekränkt. Es liegt irrtümliche Annahme vor. Der Angelegte nicht mußte bestraft werden, weil er auf einem Schiffe geriffelt hat. Hätte er dagegen mit dem Mund gestiffen, wäre die Annahme ebenfalls nicht überprüfbar und dadurch ein Freispruch ersielet worden. Seine Geldstrafe in Höhe von 50 Mk. wird infolgebeden auf 30 Mk. ermäßigt.

### Constantin Meuniers Zola-Denkmal

Wie bekannt, hatte der belgische Bildhauer Constantin Meunier gleich nach Emile Zolas Tod ein Denkmal des großen Romanistikers geschaffen, für das sich jedoch nirgends in Paris ein

land: die Mehrheit des damaligen Gemeinderates war nationalitätsfremd, und man hatte Zola weder den Ehrenfuß-Prozess noch sein „J'accuse“ vergessen. Schließlich wurde das Meisterwerk aus Bronze im Unterhof des Grand-Palais untergebracht, und zehn Jahre lang sprach niemand mehr davon.

Das gab machte einige Umänderungen, und es war der bekannte Künstlermann und Gemeinderat Riotor, der die Denkmalsfrage erneut aufrollte. Auch diesmal war die Opposition noch sehr stark, doch fand sich ein Vierter Verabstimmten, das hinsichtlich der Avenue Emile-Zola das Monument aufnehmen wollte. Bei der Distriktsion über den Fußhof der Stadt Paris zeigte sich neue Schwierigkeiten. Die noch immer reaktionäre Mehrheit hielt die Gelegenheit zu einem feinen Kuhhandel für günstig; sie wollte nur unter der Bedingung den Stahlbügel für Zola öffnen, wenn dieselbe Summe für ein Denkmal des Chauvinisten Deraulde bewilligt würde — was dann auch geschah. Am 18. Juni sollte das Monument, das Meunier für den Dichter des „Rougon-Macquart“ geschaffen hat, durch den Präsidenten der Republik und den Chef der Regierung enthüllt werden. Eine letzte Konsession ließen sich die Reaktionäre noch: daß bei der Aufzählung seiner Werke am Sockel das „Pamphlet“ „J'accuse“ wegließt ...

### Neue Bücher

#### Die Entwicklung des Sozialismus zur Tat

Als Band VII der „Elementarbücher des Kommunismus“ ist im Verlag der Bina erschienen: Friedrich Engels und Karl Kappel, die Entwicklung des Sozialismus zur Wissenschaft und Tat. Die Neuausgabe dieser beiden wichtigen Schriften, die neben dem kommunistischen Manifest als die erste Einführung in den Kommunismus in Frage kommen, enthält ein Vorwort, Fremdwörter und Personenverzeichnis von Genossen Dr. Hermann Duncker.

Das Büchlein ist durch die Parteibuchhandlungen zu beziehen.

### „Die Internationale“

Sieben ist Heft 12 der Zeitschrift „Die Internationale“ erschienen. Inhalt: Ruth Fischer, Zum 8. Weltkongress; R. S., Perspektiven der Weltrevolution; F. Fröhlich, Die Arbeiter-Regierung und die Lehre vom Staat; Georgi, Um eine revolutionäre Agrarpolitik; Erner, Wöllische Politik; J. Leder, Lenin und die nationale Frage. Neben Würdigungsbildungen enthält „Die Internationale“ die ständige Beilage „Der Arbeiteraktivist“.

„Die Internationale“ kann außer durch die Parteibuchhandlungen jetzt auch durch die Post bezogen werden. Der Abonnementpreis beträgt vierteljährlich 1,50 Mk. Das einzelne Heft kostet 30 Pf.

Marin Andersen-Negb, Dem jungen Morgen zu. Schilderungen von Russland. Dstar-Verlag, Berlin, 1924.

M. Werfelstein, In der Sadgasse. Verlag für Literatur und Politik, Wien VIII.

A. Friedrich, Henry Ford, der König der Autos und der Herrscher über die Seelen. Neuer Deutscher Verlag, Berlin 1924.

Jack London, ein Dichter der Arbeiterklasse. Herausgegeben von Franz Jung, Verlag für Literatur und Politik, Wien 1924.

\* Stadttheater. Heute, Donnerstag, 7 1/2 Uhr, Sinfoniekonzert unter Leitung von Dr. Georg Götzer. Solist: Professor Max Bauer. Das Programm bringt von Fändel, Concerto grosso in F-Dur, Beethoven's Klavierkonzert in C-Moll und Beethoven's VII. Sinfonie. Am Freitag, 6 1/2 Uhr, „Barfisa“. Ein Bühnenweitspiel von Richard Wagner. Leitung: Kapellmeister Einar Braun. Gäste: Amfortes: Kammeränger Friedrich Wölfel, Gurnemann; Kammeränger Karl Braun. Parfisa: Kammeränger Robert Sutt. Klavier: Kammeränger Eduard Hobich. Sunday: Kammerängerin Helene Wildermund. Sonnabend: „Rohrpost“. Sonntag: „Die Meisterfinger“. Die Vorstellung muß aus ledigen Gründen bereits um 6 Uhr beginnen, nicht, wie angezeigt, um 6 1/2 Uhr. Montag: „Casaliera rusticana“ und „Bellego“.









# Der Kommunistische Gewerkschafter

Kampforgan für die Arbeit der Kommunisten in Gewerkschaften, Betriebsräten und Genossenschaften

Bezugspreis:  
Einzelnummer 10 Pfennig

Berlin, im Juni 1924

Verlag: Vereinigung Internationaler Verlags-  
anstalten GmbH, Berlin, Blauer 17  
Red.: Willi Gerschel, Berlin, Rosenhäger Str. 38

## Der Amsterdamer Kongreß und wir.

En. Der III. Kongreß des Internationalen Gewerkschaftsbundes, der Anfang Juni in Wien tagte, wurde auch von Seiten der revolutionären Gewerkschafter stärkere Beachtung geschenkt als den bisherigen Amsterdamer Tagungen. Der Grund liegt darin, daß die Amsterdamer in Wien gezwungen waren, sich mit der Frage, Stellungnahme zu den russischen Gewerkschaften, zu beschäftigen. Die Debatten und die Beschlüsse des Wiener Kongresses in dieser Frage haben bei einem bestimmten Teil von Genossen der ICG. bzw. der revolutionären Opposition in den Amsterdamer Gewerkschaften Illusionen erweckt, die zu einer ernsten Gefahr für die revolutionäre Gewerkschaftsbewegung werden können. Wenn auch nicht verkannt werden soll, daß die in Wien gefaßten Beschlüsse in der Frage der Stellung des ICG. zu den internationalen Berufssekretariaten und die Aufnahmen von Verbänden, die nicht dem ICG. angeschlossen sind, andererseits in die Berufsinternationalen unter gewissen Umständen einen starken Einfluß auf die innere Struktur des ICG. ausüben können, so darf diese rein organisatorische Frage so lange nicht allzu hoch angeschlagen werden, als nicht deutliche Beweise für eine politische und taktische Umstellung der gesamten Amsterdamer Gewerkschaftsbewegung vorhanden sind. Und gerade in dieser Hinsicht hat der Wiener Kongreß auch nicht die geringste Aenderung in revolutionärer Richtung gezeigt.

Wie war der Verlauf des Kongresses, welchen Geist tragen die dort gefaßten Beschlüsse? Der Kongreß trug schon rein äußerlich alles andere, nur nicht den Charakter einer proletarischen Kampftagung. War im Sitzungssaal das revolutionäre Rot streng verpönt, vermiste man selbst die noch auf sonstigen reformistischen Kongressen üblichen sozialistischen Standarten und Embleme, so zeigten auch die Verhandlungen selbst, daß die Kongreßleitung und die Delegierten, unter denen sich kein einziger im Betriebe tätiger Arbeiter und auch kein einziger Kommunist befand, echte und überzeugte Reformisten sind und dem revolutionären Geist himmelsweit entfernt stehen. Dementsprechend sorgte die Vorstandsregie, daß es zu keinem ernstlichen Austragen von Differenzen im Plenum kam, denn alle Fragen wurden, ohne große Reden, vielfach überhaupt ohne jede Debatte in die Kommissionen verlegt. In den Kommissionen wurden die einzelnen Beschlüsse und Resolutionen formuliert und nachher meist ohne jede Diskussion im Plenum angenommen bzw. ohne Abstimmung für angenommen erklärt, wenn kein Widerspruch erhoben wurde.

Der Kongreß wird wohl am besten charakterisiert durch die Tatsache, daß während der ganzen Tagung mit keiner Silbe der riesenhafte Kampf der deutschen Berg- und Hüttenarbeiter, der zu Beginn des Kongresses noch in voller Ausdehnung tobte, erwähnt wurde. Ein internationaler Gewerkschaftskongreß, der an dem zu gleicher Zeit tobenden

Kampf von 1 Million Arbeiter für den Achtstundentag so vorbeigehen kann, hielt es selbstverständlich auch nicht für notwendig, über Mittel und Wege, die die Gewerkschaftsbewegung national und international einschlagen muß, um den überall bedrohten Achtstundentag gegen das international rücksichtslos vorgehende Kapital zu verteidigen, noch viel weniger über den international zu führenden Kampf gegen Reaktion, Faschismus und Militarismus eingehender zu diskutieren.

Zwar hatte der Kongreß alle diese Fragen auf der Tagesordnung, aber gleichgültig und gedankenlos faßte er, trotz der in den letzten beiden Jahren erfolgreichen Offensive des Kapitals und trotz des offensichtlichen Verfalls des ganzen Politik und Taktik des ICG., als ob nichts geschehen wäre, fast wörtlich dieselben Beschlüsse wie auf dem Kongreß in Rom. So beim Achtstundentag, Sozialpolitik, Kampf gegen Krieg und Militarismus. Obwohl die Vorgänge in der Amsterdamer Internationale bei dem Aufbruch aller Welt und den Amsterdamer selbst am deutlichsten gezeigt haben, daß ihr angeblicher Kampf gegen den Krieg ein Dreck ist, ja noch schlimmer, eine indirekte Unterstützung des Kriegsimperialismus bedeutet, hat der Kongreß dieselbe Resolution, die Douhaud schon in Rom vorschlug, erneut bestätigt. Es bleibt also bei dem Beschluß eines internationalen Generalstreiks im Falle eines Kriegsausbruchs — auf dem Papier. Daß im Ernstfalle, wie der Engländer Ben Tillet mit den Worten: „Im Falle eines Krieges stehen wir alle zu unserem Vaterland!“ offen ansprach, ihre „Internationale“ in einen Haufen Nationalisten auseinanderfällt, wissen sie selbst nur zu genau.

Was wurde nun konkret beschlossen in der Frage der Berufssekretariate und eines Zusammengehens mit den russischen Gewerkschaften? Bekanntlich hat der ICG.-Vorstand den Bestrebungen einzelner internationaler Berufssekretariate, die russischen Industrieverbände in ihre Reihen aufzunehmen, den schärfsten Widerstand entgegen gesetzt. Und als im Herbst 1923 das Berufssekretariat der Lebensmittelarbeiter formell die Aufnahme des Russischen Lebensmittelarbeiterverbandes beschloß, faßte der ICG.-Vorstand einen ausdrücklichen Beschluß, daß keine Organisation, die nicht indirekt dem ICG. angehört, von den Berufssekretariaten aufgenommen werden dürfe. Dieser ausschließlich gegen die Russen gerichtete Beschluß wurde nach einer zweitägigen Tagung der Berufssekretariate mit dem Vorstand und nach langen Kommissionsitzungen vom Kongreß als bindende Beschlüsse aufgehoben und nur als „prinzipielle Richtlinien“ festgelegt. Weiter wurde beschlossen, daß 3 von sämtlichen Berufssekretariaten gemeinsam zu wählende Vertreter in den ICG.-Vorstand mit beschließender Stimme aufgenommen werden. Es hängt also jetzt lediglich von der Mehrheit innerhalb der einzelnen Berufssekretariate, nicht mehr vom ICG.-Vorstand, ab,

ob russische und andere oppositionelle Verbände aufgenommen werden. Gleichzeitig wurde eine Resolution „Amsterdam und Moskau“ angenommen, in der es heißt: „Der Kongreß empfiehlt dem Büro, insoweit es möglich sein wird, ohne die Würde des IGB. zu verletzen, seine Bemühungen fortzusetzen, um die Einverleibung der russischen Gewerkschaften auf Grund der Statuten und Bestimmungen des Internationalen Gewerkschaftsbundes in die internationale Gewerkschaftsbewegung herbeizuführen.“

In diesen beiden Beschlüssen kommt die ganze „Russenfeindlichkeit“ der Amsterdamer zum Ausdruck. Nicht minder wichtig ist aber ein anderer Beschluß, den der Wiener Kongreß gefaßt hat, nämlich in der Frage „Die Stellung des Internationalen Gewerkschaftsbundes in der internationalen Arbeiterbewegung“. In der hierzu gefaßten Resolution, die ebenfalls einstimmig angenommen wurde, präzisieren die Amsterdamer ihre konterrevolutionäre und ganz ausgesprochen gegen die Kommunisten gerichtete Taktik und Politik sehr genau. Es wird darin heuchlerisch von der politischen Unabhängigkeit der Gewerkschaften gesprochen, aber ausdrücklich gesagt: „Die sozialdemokratischen Parteien stehen den Gewerkschaften am nächsten“, und ihr Haß gegen die Kommunisten kommt durch folgende Sätze zum Ausdruck:

„Die kommunistischen Parteien erstreben die Herrschaft über die Gewerkschaften. Sie wollen nach dem Diktat der kommunistischen Internationale die Leitung der Gewerkschaften an sich reißen, um die organisierten Arbeitermassen für ihre Parteiziele zu gebrauchen.... Die Gewerkschaften in allen Ländern sind gezwungen, Abwehrmaßnahmen hiergegen zu ergreifen. Sie müssen sich dagegen zur Wehr setzen, daß durch die Methode der kommunistischen Zellen und durch die Spaltungsversuche der kommunistischen oder irgend welcher anderen Parteien die Organisationen zerstört werden.“

Das ist als ausdrücklicher Kongreßbeschluß eine scharfe Kampfanfrage an die revolutionäre Gewerkschaftsbewegung. Wie kommt es nun, daß derselbe Kongreß die „russenfreundlichen“ Beschlüsse faßt? Es gibt Genossen, die trotz aller reaktionären Beschlüsse eine beginnende Revolutionierung innerhalb der Amsterdamer sehen. Das ist, so allgemein ausgesprochen, grundsätzlich, was schon daraus hervorgeht, daß bekannte Reformisten, die aus dem äußersten Flügel stehen, sich ebenfalls für die Aufnahme der russischen Gewerkschaften in die Berufssekretariate einsetzen, wie beispielsweise Ilg und Reichel bei den Metallarbeitern. Neben dem ehrlichen Bestreben einiger linksorientierten Kreise in den Berufsinternationalen, durch die Aufnahme der russischen Verbände eine wirklich alles umfassende Berufsinternationale zu schaffen, verfolgen die reaktionären Reformisten mit ihrer Befürwortung der Aufnahme ein anderes Ziel, nämlich die Zersetzung und Zerstückelung der IGB.

Es ist f. Bt. von der IGB. zugestanden worden, daß bei einer Aufnahme der revolutionären Verbände in die Berufsinternationalen die revolutionären Internationalen Propagandakomitees (I.P.K.), die heute der IGB. unterstützen und im internationalen Maßstabe revolutionäre Propaganda in den einzelnen Industriegruppen treiben, aufgelöst werden. Wenn nun die Amsterdamer die oben angeführten Beschlüsse einstimmig faßten, so sicher in ihrer großen Mehrheit deshalb, weil sie in einer Aufhebung der I.P.K.'s einen größeren Vorteil sehen, als ihnen die Aufnahmen dieser Verbände in ihre Organisation Nachteil bringen könnten. Auf derselben Linie bewegt sich der Beschluß betr. Verhandlungen mit den russischen Verbänden. Auch hier denken die Amsterdamer an eine Zersetzung der IGB. und viel weniger an die Schaffung einer wirklich leistungsfähigen internationalen Kampffront. Hierin liegt die Gefahr für die revolutionäre und oppositionelle Gewerkschaftsrichtung.

Gewiß, wir streben eine proletarische Einheitsfront an, aber eine Einheitsfront des Kampfes. Eine rein organisatorische Einheitsfront müssen wir mit aller Entschiedenheit ablehnen, solange die reformistische Richtung in der Amsterdamer Gewerkschaftsbewegung vorherrschend ist. Man darf sich hierbei auch nicht durch das Auftreten der englischen Delegation in Wien in dieser Frage irreführen lassen. Die englische Delegation trat am energischsten für

die Aufnahme der russischen Gewerkschaften ein, jedoch auch sie stimmte den reaktionären Beschlüssen zu, worin klar und deutlich zum Ausdruck kommt, daß ihre Stellungnahme nicht einer revolutionären Auffassung entsprang, sondern mehr national-englischen Interessen. Sie begründete ihre Stellungnahme vor allem mit der Tatsache, daß „ihre“ Regierung mit der russischen Regierung in Verhandlungsfände und daß sie daher auch mit den russischen Gewerkschaften in engste Beziehung kommen müßten.

Selbstverständlich müssen wir nach wie vor dafür kämpfen, daß die Berufsinternationalen zu wirklichen Kampfgebilden ausgestaltet und daß die russischen und übrigen revolutionären Verbände aufgenommen werden. Aber wir halten es für notwendig, daß die I.P.K.'s unter allen Umständen weiter bestehen bleiben, zum mindesten so lange, bis es sich erwiesen hat, daß es möglich ist, in den Berufsinternationalen wirklich internationale Kämpfe zu organisieren und durchzuführen. Meinen es die Amsterdamer ehrlich mit dem Zusammenschluß aller Verbände in einer Berufsinternationale und wollen sie wirklich den proletarischen Kampf gegen das Kapital, dann können sie gegen das Bestehen und die Tätigkeit der I.P.K. nichts auszusprechen haben. Erstreben sie nur eine Zersetzung und Zerschlagung der revolutionären Richtung, dann ist die Existenz der I.P.K.'s erst recht notwendig.

Die Beschlüsse des Wiener Kongresses in dieser Frage stellen uns und vor allem den bevorstehenden Kongreß der IGB. vor eine schwierige Situation, und jeder Schritt muß auf das sorgfältigste erwogen werden. Wir haben keine Ursache, Furcht vor diesen Beschlüssen zu haben, wir müssen aber alles einsehen, daß die Auswirkungen dieser Beschlüsse auf der Linie der Revolutionierung der Massen und der Durchführung der sozialen Weltrevolution liegen.

## Der Kampf der Ruhrbergarbeiter.

Von Gerhart.

Vier Wochen führten die Kumpels an der Ruhr einen Kampf für die Siebenstundenschicht unter Tage und die Achtstundenschicht in den Tagesbetrieben gemeinsam mit ihren Kameraden in Oberschlesien und Sachsen. Dann gelang es der Gewerkschaftsbürokratie, die Kampffront zu sprengen und die Kumpels wieder in die Gruben zu bringen. Den Kampf in Oberschlesien und Sachsen abzuwürgen brauchten sie nicht. Waren erst einmal die Bergarbeiter an der Ruhr „berubigt“, dann mußte morgen oder übermorgen der Kampf in Oberschlesien und Sachsen ohnehin bald zu Ende gehen.

Die Gewerkschaftsbürokratie und die SPD., die durch das Resultat der Reichstagswahlen einen heillosen Schrecken bekommen haben, wenden in der letzten Zeit eine wirksamere Taktik des Verrats, die scheinbare Beteiligung an den Kämpfen, an. Man denke an den Hamburger Werkarbeiterstreik und an den Kampf der Mannheimer Metallarbeiter, wo die Gewerkschaftsbürokratie für ein paar Pfennige — nicht für die Zurückeroberung des Achtstundentages, wie sie unaussprechlich erklärten — 5 Wochen lang den Kampf führten. Diese Taktik des Verrats hat den Vorteil, nicht so schnell und leicht die Fühlung mit den Massen zu verlieren. Leichter lassen sich mit Hilfe dieser Taktik die Massen blenden. Schwieriger — aber desto notwendiger! — ist die Entlarvung der Gewerkschaftsbürokratie und die Eroberung der Führung während solcher Kämpfe durch die revolutionären Arbeiter.

Diese Taktik des Verrats wendet die Gewerkschaftsbürokratie im Ruhrgebiet an. Sie konnte es nicht wagen, sich offen gegen den Kampf zu stellen. Die Agitation, die Mobilisierung der Bergarbeiter durch die kommunistische Partei und die Union war zu stark. Um so weniger konnte sie sich von Anfang an offen gegen den Kampf stellen, als die Unternehmer durch die Aussperrung die Arbeiterschaft so ungewohnt provozierten und auch diejenigen, die noch unter dem Einfluß der Gewerkschaftsbürokratie stehen, in die Kampffront zwangen.

Die kommunistische Partei und die Union nahmen den Kampf für Hunderttausende von Bergarbeitern auf, als es als Kampfeslohnung die „Wiedereroberung der Siebenstundenschicht unter Tage und der Achtstundenschicht in den Tagesbetrieben“ ausstellten.

Von Anfang an entwarf die Partei und die Union die Verrätertaktik der Gewerkschaftsbürokratie. Der Kampf war begleitet von dem fortgesetzten Gebrüll der SPD. und Ge-

werkchaftsbürokraten gegen die „Buttschaktit“ der Kommunisten. Aber dieses Gebrüll war nichts anderes als die Kampagne der Arbeitsgemeinschaften gegen die Kampflosung: Wiedereroberung der Siebenstundenschicht und des Achtstundentages.

Mit Hilfe der Sozialdemokraten und Gewerkschaften wurden den Bergarbeitern die Siebenstundenschicht und der Achtstundentag geraubt. Die arbeitsgemeinschaftlichen „Wiederaufbaupolitiker“ müssen aus politischen Gründen in jedem Kampf gegen die Wiedereroberung des Achtstundentages auftreten. Die arbeitsgemeinschaftlichen Wiederaufbaupolitiker sind auf Geheiß und Verderb mit der deutschen Bourgeoisie verbunden, die zwar Deutschland nicht wieder aufbaut, aber ihre eigene Klasse durch die schamloseste Ausbeutung des Proletariats zu retten versucht. Ein Versuch zu dieser Rettung der kapitalistischen Klasse ist das Sachverständigengutachten. Die Sozialdemokraten und die Gewerkschaften aller Richtungen, sie sind nicht nur die Prediger für das Ermächtigungsgesetz zur internationalen Ausplünderung des deutschen Proletariats, sondern auch ihre blutigen Praktiker. Wer auf Grund des Sachverständigengutachtens einen Wiederaufbau der deutschen und europäischen kapitalistischen Wirtschaft verlangt, muß sich gegen die Arbeiter wenden, muß die deutsche Arbeiterschaft zwingen, 10 bis 14 Stunden zu arbeiten.

Das war und ist der tiefere Sinn ihres Geschreis gegen die Buttschaktit. Die Arbeiter müssen sich das einprägen. Dieses Geschrei wird sich in jedem Kampf in um so stärkerer Auflage wiederholen, je wuchtiger die Arbeiter die Angriffe der Unternehmer parieren. Buttschaktit ist jeder, der den Arbeitern sagt: Ihr müßt euch den Achtstundentag zurückerobern! Ihr müßt ihn euch sichern mit allen Mitteln, die notwendig sind.

Aber sie brüllten nicht nur, sondern sie organisierten eine ausgezeichnete Ferkungsarbeit. Wenn wir es so gut verstehen werden, die Revolution zu organisieren, wie sie den Verrat, dann werden wir siegen.

Planmäßig unternahm die Amsterdamer Bürokratie ihre Vorhölle, um abzutasten, wie weit die Arbeiterschaft schon reif für den Entscheidungsschlag sei. Am 16. Mai wurde ein Schiedspruch gefällt, der aufs Haar dem abgelehnten Schiedspruch vom 3. Mai in Hamm gleich: 8 Stunden unter Tag, 12 bis 13 Stunden in den Tagesbetrieben. 15 Prozent Lohnerhöhung auf die Aprillöhne. Aber es gelang noch nicht, Husemann mußte solander Telegramm an den Reichskanzler schicken:

„Bergarbeiterverbände haben Schiedspruch betr. Manteltarif angenommen. Mehrarbeit einstimmig abgelehnt, weil keine besondere Lohnzulage vorzusehen. Lohnerhöhung sowie Dreischichtensystem für durchgehende Arbeitszeit abgelehnt.“

In diesem Telegramm zeigt sich die Linie des Verrats ganz klar. Keine Siebenstundenschicht, kein Achtstundentag, aber die Mehrarbeit muß besonders bezahlt werden. Dann ist der Achtstundentag und die Siebenstundenschicht „arundsfählich“ gesichert. Ein paar Pfennige für die Ueberstunden sollten den Bürokraten die Mühseligkeit geben, den Kampf abzubrechen und von „Erfolgen“ zu sprechen. Am 27. Mai kam es zu einem neuen Schiedspruch, der diesmal durchgekämpft werden sollte. Denn die fast vierwöchige Dauer des Kampfes begann katastrophale Auswirkungen zu haben: Eine große Anzahl von Betrieben mußte stillgelegt werden. Die Einschränkung des Verkehrs wurde immer stärker, der Kampf drohte für die Bourgeoisie gefährlich zu werden. Daher Parole der Reuter und der Bourgeoisie: Abbruch im Galopp tempo, und daher die Gewerkschaftsbürokratie: Au Weib! Es gelang den Gewerkschaftsbürokraten, in schmalen Konferenzen eine Mehrheit für die Vereinbarung des Kampfes zu bekommen. Die Bedingungen waren im wesentlichen dieselben wie die vom 3. Mai: 8 Stunden unter Tag. Für die Arbeiter in Kohlereien beträgt die Höchstschicht 6 3/4 Stunde pro Woche und bei Koksöfen mit einer Garunadszeit von länger als 28 Stunden sogar 7 1/2 Stunden. In den Tagesbetrieben beträgt die Wochendurchschnittszeit 5 1/2 Stunden, die Höchstschicht 7 1/2 Stunden. Die „Ueberstunden“ werden nicht besonders bezahlt, sondern es wurde noch eine 5 Prozentige Lohnerhöhung „zugestanden“. Der Urlaub soll abgekauft werden. „Soweit sich die Rechen Kreditmöglichkeiten verschaffen können“. Der Sinn ist ganz klar: Kein Urlaub, vielleicht Geld. Natürlich hatten die wackeren Gewerkschaftsbürokraten einen Maßregelungsparagrafen in die Verelubarungen genommen.

Die Partei und die Union boten alles auf, um den Kampf weiterzuführen, um zu verhindern, daß den kämpfenden Bergarbeitern in Oberhessen und Sachsen in den Rücken gefallen werde. Sie gaben die Parole aus, am Tage der Eröffnung der Gruben mit geschlossener Meleakhaft vor die Rechenore zu stehen und die von der Gewerkschaftsbürokratie beauftragten Arbeiter von der Einfahrt abzuhalten. Auf der Betriebsrätekonferenz in Bochum, 3 Tage vor der Eröffnung der Gruben, wurde dieses Vorhaben beschlossen. Die Durchführung gelang

jedoch nicht. Die Massen der Bergarbeiter waren empört. Aber der Hieb der Gewerkschaftsbürokratie machte breite Massen mutlos. Die Parole wurde nur in geringem Maße befolgt.

Hier zeigte sich die Schwäche der Partei und der Union. Es genügt nicht, breite Schichten von Sympathisierenden um die Partei zu haben. Wir müssen auch imstande sei, sie organisatorisch zu führen. Nur dann sind wir in der Lage, wirksam und mit Erfolg die Ferkungsarbeit der Bürokratie unschädlich zu machen. Der Mangel an Betriebszellen, die wirklich die Belegschaft führen, die schlechte Verbindung der Betriebsräte mit ihren Belegschaften, der Mangel an Einheitsfrontorganen machte sich in entscheidender Weise gerade in der schwierigen Situation des Abbruchs bemerkbar. Wir müssen sehr schnell diesen Mangel überwinden, sonst werden wir trotz großer Sympathie der Massen nicht imstande sein, sie auch in den Kämpfen und zu den Kämpfen gegen die Bourgeoisie und ihre Lakaien mit Erfolg zu führen. Wir haben auch nicht viel Zeit zu verlieren. Der Kampf gegen das Sachverständigengutachten erfordert die höchste Schlagkraft der Partei und aller revolutionären Arbeiter.

## Internationale Wirtschaftskämpfe — überall Verrat der Reformisten.

In den letzten Wochen stand die internationale Arbeiterbewegung unter dem Eindruck großer wirtschaftlicher Kämpfe. Im Vordergrund all dieser Kämpfe standen jedoch die Kämpfe der Bergarbeiter in Deutschland, England, Ungarn, Belgien und Polen. Wenn jemals die Amsterdamer Führer ihre Absicht, Arbeitskämpfe zur Niederlage zu führen, bewiesen haben, so in diesen gewaltigen Kämpfen der Bergarbeiter. Noch nie war die Gelegenheit im internationalen Maßstabe so günstig, den Kampf in zusammenhängender Form gegen das Grubenkapital aufzunehmen, wie im Monat Mai 1924. Die arbeitsgemeinschaftlichen Organisationen der einzelnen Länder haben bei diesen Kämpfen, die zum Teil entscheidende Kämpfe für das Gesamtproletariat waren, an den Bergarbeitern nicht nur schändlichen Verrat begangen, sondern brachten erneut den Beweis, daß die Erhaltung des kapitalistischen Staates ihnen höher steht, als die Vertretung der Interessen der Arbeiterklasse.

Durch den Einfluß der reformistischen Führer wurden z. B. die belgischen Bergarbeiter gezwungen, einem Lohnabbau von 5 Prozent zuzustimmen.

In Polen sabotierten die Reformisten jegliche Bildung von Zentralaktionskomitees, weil sie fürchteten, daß sie dadurch leicht die Führung aus den Händen verlieren könnten. Auch hier sollen die Arbeiter in den Kohlengruben einen Lohnabbau von 12 Prozent und die Arbeiter in den Erzgruben einen solchen von 19 Prozent hinnehmen und außerdem nur Akkordarbeit leisten.

Bei den ungarischen Gewerkschaftsbürokraten liegen die Dinge nicht anders. Hier ist es gelungen, nach mehr als vier Wochen durch einen Kuhhandel mit der Regierung und den Unternehmern den Streik der Bergarbeiter abzuwürgen.

In England hat man unter dem Einfluß der famosen „Arbeiter“-Regierung so lange Untersuchungskommissionen arbeiten lassen, bis die anfangs zum Kampf entschlossenen Bergarbeiter müde waren und bis schließlich die Delegiertenkonferenz — wenn auch gegen eine sehr starke Minderheit — den Vergleichsvorschlägen zustimmte.

Die deutschen Reformisten, die Meister im Verrat gegen die Arbeiterklasse sind, haben den Nachbündel der Unternehmer besonders gestärkt. Durch ihre Zustimmung zu einem Schiedspruch, der bis zum 30. September 1924 die Mehrarbeit zuläßt, haben sie nicht nur die Bergarbeiter an das Grubenkapital verkauft, sondern Anlaß gegeben, daß der Kampf gegen den Achtstundentag seitens der Unternehmer in den anderen Industrien in verschärfter Form eskalieren werden kann, da die größte und wichtigste Industriegruppe diesen Kampf bereits verloren hat. Die Reichsregierung hat bei den Eisenbahnarbeitern einen gleichen Vorstoß unternommen.

In all diesen internationalen Kämpfen, die zu gleicher Zeit geführt wurden, hat aber besonders die Bergarbeiter-Internationale eine äußerst klägliche Rolle gespielt. Während die rote Gewerkschafts-Internationale und die revolutionären Bergarbeiter-Organisationen der Tschechoslowakei, Estland, Kurland und Finnlands von Anfang der Kämpfe an den Vortritt des deutschen Kohlenmarktes verlangten hat die Bergarbeiter-Internationale ein Verschleppungsmandat betrieben, welches anderen Länder spricht. Obwohl sie genau informiert war, daß die Bergarbeiter in verschiedenen Ländern im Kampf standen, obwohl sie wußte, daß mit der Wiedererlangung der Bergarbeiter in einem Lande auch das Schicksal der Bergarbeiter in den anderen Ländern bestimmt ist, hat sie sich den Spak geleistet, bei den einzelnen Landesorganisationen anzufragen, welche Schritte zur Unterstützung der im Kampfe befindlichen Bergarbeiter zu unternehmen seien. Man bedenke: Polen,

Ungarn, England, Deutschland und Belgien haben große Bergarbeiterkämpfe zu verzeichnen und dieselben Landesorganisationen, die ihre Mitglieder bereits im Kampfe zu sehen haben, sollten der obersten Leitung, der Exekutive der Bergarbeiter-Internationale, Ratsschläge erteilen, wie man die kämpfenden Bergarbeiter unterstützt. Lag da nichts näher, als daß sofort die Bergarbeiter-Internationale alle Kämpfe zu einem großen internationalen Bergarbeiterkampf zusammenfassen mußte? Aber weit gefehlt. Zu einer solchen Tat wird sich die Bergarbeiter-Internationale erst aufrufen, wenn die Bergarbeiter im nationalen Maßstabe ihre reformistischen Führer beseitigt haben und somit die Vorbedingungen für eine erfolgreiche Führung in kommenden Kämpfen gestellt sind.

Neben diesen Bergarbeiterkämpfen ist die große Ausbreitung und die damit zusammenhängenden Streikbewegungen in Norwegen von internationaler Bedeutung. In Norwegen muß jeder Streik 14 Tage im voraus angekündigt werden. Die Metallarbeiter von Christiania setzten sich über dieses Gesetz hinweg und gaben durch ihren „wilden“ Streik den Anstoß zu der Bewegung. Der große Kampf, der sich über das ganze Land ausbreitete und etwa 70 000 Arbeiter umfaßte, wurde nach 14 Wochen erfolglos abgebrochen. Die Metallarbeiter mußten die Arbeit wieder aufnehmen, bevor die Lohnfrage geregelt wurde. Auch hier hat die Gewerkschaftsbürokratie elenden Verrat geübt. Sie hat erstens erklärt, daß sie den streikenden Metallarbeitern jede weitere Unterstützung entziehen würde, wenn sie den „wilden“ Streik weiter forscheren würden und hat in zweiter Linie die übrige Arbeiterschaft nicht zur Solidarität aufgerufen. Ein von den Gewerkschaften gleich am Anfang der Bewegung proklamierter Generalstreik hätte unzweifelhaft den Machtwillen der Unternehmer gebrochen.

In Frankreich ist außer dem Streik der Röche, der unter anderem die Bildung von Räten zum Ziele hatte, aber nach 14 Tagen ergebnislos abgebrochen werden mußte, keine größere Streikbewegung zu verzeichnen gewesen.

In Holland streiken seit mehr als 6 Monaten 22 000 Textilarbeiter. Die große Mehrheit der Arbeiterschaft hat beschlossen, den Kampf so lange weiterzuführen, bis die Unternehmer ihr Verlangen auf Lohnherabsetzung zurückzuziehen. Die Christen üben schmutzigen Streikbruch.

In der Schweiz führten die Metallarbeiter einen Kampf gegen Arbeitszeitverlängerung und Lohnabbau. Derselbe mußte wegen eines schmachlichen Mandats der Verbandsbürokratie beendet werden. Nachdem die Metallarbeiter in mehreren Orten bereits 6 Wochen im Streik standen, traten am 22. Mai weitere 1800 Mann bei den Schaaffhausenschen Eisen- und Stahlwerken in den Aufstand, so daß die Zahl der Streikenden auf 3000 stieg. Dieser letzte Streik wurde sofort von der Verbandsbürokratie als ein „wilder“ und „kommunistischer“ erklärt. Die Lohnkonflikte wurden dadurch erledigt, daß die Arbeit am 2. Juni bei einer wöchentlichen Arbeitszeit von 52 Stunden aufgenommen werden mußte. Der Kampfabbruch wurde allerdings mit 486 gegen 465 Stimmen, also mit einer ganz knappen Majorität beschlossen, während sich eine große Anzahl von Arbeitern anfänglich des Verrats der Gewerkschaftsbürokratie überhaupt nicht an der Abstimmung beteiligte.

Ein Vergleich all dieser Kämpfe, die bei weitem nicht alle angeführt werden können, zeigt, daß die Reformisten es überall vorziehen, langwierige Verhandlungen zu führen und die internationale Hilfe auf unverbindliche Sympathieerklärungen und völlig ungenügende Selbstmündungen beschränken. Die Notwendigkeit dieser Taktik wird überall mit dem Hinweis auf das Staatsinteresse und den wirtschaftlichen Wiederaufbau auf kapitalistischer Grundlage begründet. Eine Antwort auf das verärrliche Treiben der Reformisten aller Länder wird und kann jedoch nicht ausbleiben. Wir schätzen die Arbeiterklasse nicht so niedrig ein, daß sie sich auf die Dauer von diesen Kapitalisöbldingen an ihrem wirtschaftlichen und kulturellen Aufstieg, an der Eroberung der politischen Macht hindern lassen wird.

## Stärkung der Gewerkschaften.

Die Krise in den Gewerkschaften ist noch nicht überwunden. Das Millionenheer der im Laufe des vergangenen Jahres gewerkschaftlich organisierter Arbeiter ist erheblich zusammengeschnitten. 50 und mehr Prozent der Mitglieder haben die einzelnen Verbände verloren. Das Vertrauen der Arbeiter zu ihren Organisationen ist verloren gegangen, und es haben nicht nur die Arbeiter die Verbände verlassen, die nach der Revolution 1918 gewonnen wurden, sondern auch Proletarier, die fast ein Menschenalter lang in mühseliger Kleinarbeit die Organisationen mit aufbauen halfen. Es müssen große und schwerwiegende Gründe gewesen sein, die diese Millionen von Arbeitern veranlaßt haben, den Organisationen den Rücken zu kehren. Ein kurzer Rückblick über die Jahre seit der Revolution zeigen ganz deutlich, wo die Ursachen liegen. Die Gewerkschaftsbürokratie hatte aus den Fehlern des Krieges nicht

gelernt, sondern ihre im August 1914 begonnene Politik auch in den Jahren fortgesetzt, wo nicht mehr die Maschinenengewehre an den Fronten knatterten, sondern die Kapitalisten mit Hungerpeitsche und brutalen Maßnahmen den verhärteten Klassenkampf im Lande durchführten. Das kampflose Räumen jeder Position, das Kompromisseln und Aufhandeln, das Preisgeben jedes Arbeiterrechtes zerstörte das Vertrauen der Arbeiter und hemmte die Kampfkraft des Proletariats. Nicht die bösen Kommunisten haben die Gewerkschaften geschwächt, sondern die Führer selbst zerstörten ihre eigenen Organisationen.

Die objektiven Voraussetzungen für einen erfolgreichen revolutionären Kampf sind nicht geschwunden. Immer näher rückt die Stunde, wo es einem kampfbereiten Proletariat möglich ist, selbst die Staatsmacht in die Hand zu nehmen. Die Einreihung in die Kampffront aller heute abseits Stehenden muß deshalb unbedingt erfolgen.

Die ideologische Einstellung, daß die Gewerkschaften keine Aufgaben vor und nach der Revolution zu erledigen haben, ist grundfalsch und gefährlich. In den Gewerkschaften müssen vor dem Kampf um die Macht alle politisch noch nicht klaren Elemente erfaßt werden, um sie zu schulen und einzureihen in die Avantgarde des kampfbereiten Proletariats. Die Gewerkschaften dürfen daher weder von den überrationalen Elementen zerstört, noch von den Reformisten zerstückelt werden. Aber der Schutz, sie vor der Zerstörung zu bewahren, genügt nicht. Die Unorganisierten müssen erfaßt und den Gewerkschaften wieder zugeführt werden. Das wird nicht leicht sein. Zu tief ist das Mißtrauen, zu groß die Enttäuschung gewesen. Es müssen daher Wege gefunden werden, die Unorganisierten, die noch nicht gleich für die Organisation gewonnen werden können, zu erfassen. Die freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter müssen sich freimachen von der falschen ideologischen Einstellung, daß sie nichts mit den Unorganisierten zu tun haben. Diese müssen, obgleich noch nicht gewonnen, von den Funktionären und Betriebsräten zusammengesamt werden. Gemeinsam mit den Organisierten sind Versammlungen abzuhalten, um sie für die bevorstehenden Kämpfe zu schulen und sie zu ebensüchtigen Mitkämpfern zu machen. Die Unorganisierten von heute sind nicht absolute Gegner eines Kampfes oder einer Organisation. Sie haben eine gewisse Kraft und politische Reife, wenn sie auch noch nicht das Maß erreicht haben, wie es sein mußte. Im Interesse der Organisation, im Interesse der Kämpfe, die kommen werden, ist die enge Verbindung der Unorganisierten mit den Organisierten eine Lebensfrage für die gesamte Arbeiterklasse.

Aber eins muß gesagt werden: die jetzige Gewerkschaftsbürokratie kann diese Aufgabe nicht lösen. Die Vertrauensleute des Proletariats, die Betriebsräte und oppositionellen Gewerkschaftsfunktionäre, müssen diese Arbeit leisten, gegen den Willen der Bürokraten. Alle Fragen sind Machtfragen. Und eine Befreiung des Proletariats ist nur dann möglich, wenn mit allen Kräften darauf hingearbeitet wird, den kapitalistischen Gegner auf allen Plätzen zu schlagen und ihm die politische Macht zu entreißen. Scharf muß die jetzige Ausschlußtendenz der Gewerkschaftsbürokratie bekämpft werden, die unter dem Vorzeichen Ruhe und Frieden in der Organisation zu haben, die Opposition ausschließt. Sie werden keinen Frieden bekommen, denn durch das Auslösen der Mitgliederschaft bleibt die vorher bestehende oppositionelle Einstellung bestehen und verhärtet sich. In den Betrieben und bei den Kämpfen bleiben es dieselben Faktoren, wie sie es innerhalb der Verbände gewesen sind. Die Kraft der Klasse wird durch den Ausschluß revolutionärer Arbeiter aus den Verbänden nicht gestärkt, sondern die Gewerkschaften höchstens zu einflußlosen Sektoren verwandelt.

Ebenso scharf sind aber auch die Sonderarrangements zu bekämpfen. Die Neugründung von sogenannten „Industrieverbänden“ führt fast immer zum mittelalterlichen Zustand zurück (Meisterverband, Dreherverein usw.). Wenn eine kleine Arbeiteraristokratie versucht, auf Kosten ihrer Klassengenossen für sich besondere Vorteile herauszubolen, so wird sie weit von dem Ziel, den Kapitalismus zu stürzen, abkommen.

Die Zubereitung der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse muß jedem Arbeiter klar die Erkenntnis aufzwingen, daß er weder abseits stehen noch sich von seinen Klassengenossen trennen lassen darf.

Deswegen muß der Arbeiter den Kampf bis zur letzten Konsequenz all denen ansagen, die sich der revolutionären Entwicklung entgegenstellen. Seine ganze Kraft muß er aufbieten, mit den breiten Massen in Verbindung zu bleiben, sie revolutionär zu schulen und zurückzuführen in die Organisationen, um mit diesem Millionenheer seiner Klassengenossen den erfolgreichen Kampf gegen das Kapital zu führen.

Jeder Funktionär der RPD stellt zum 1. Juli die theoretische Zeitschrift der Partei „Die Internationale“ bei der Post. Preis vierteljährlich 1.50 M.